Nr. 183. 35. Jahrg.

Bezugspreis:
Vierteljährl. 4,50 Mk., monatl. 1,50 Mk. frei ins Haus, vorauszahlbar. Einzelne Nummern 10 Pfennig. Postbezug: Monatlich, vom Postschalter abzuholen 1,50 Mk., vom Briefträger ins Haus gebracht 1,64 Mk. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 3,— Mk., für das übrige Ausland 4,50 Mk. monatlich. Versand ins Feld bei direkter Bestellung monatl. 1,50 Mk. Postbestellungen nehmen an Dänemark, Holland, Luxemburg, Schweden und die Schweiz. Eingetragen in die Post-Zeitungs-Preisliste.
Erscheint täglich.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin".

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

10 Pfennig

Anzeigenpreis:
Die siebengespaltene Kolonelzeile kostet 80 Pfg. „Kleine Anzeigen", das fettgedruckte Wort 30 Pfg. (zulässig 2 fettgedruckte Worte), jedes weitere Wort 15 Pfg. Stellengesuche und Schlafstellenanzeigen das erste Wort 20 Pfg., jedes weitere Wort 10 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Teuerungszuschlag 20%. Familien-Anzeigen, politische und gewerkschaftliche Vereins-Anzeigen 60 Pfg. die Zeile. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin SW. 68, Lindenstraße 3, abgegeben werden. Geöffnet von 8 Uhr früh bis 7 Uhr abends.

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90—151 97.

Sonnabend, den 6. Juli 1918.

Expedition: SW. 68, Lindenstraße 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90—151 97.

Russen marschieren gegen Engländer

Ententetruppen an der Murmanküste.

Die Sowjetregierung entsendet Truppen. — Keine finnischen Transporte.

Moskau, 3. Juli. Die Presse veröffentlicht folgenden Befehl Trotzkis: Im Murman ist fremdes Militär gelandet worden, trotz des ausdrücklichen Protestes des Kommissars für auswärtige Angelegenheiten. Der Sowjet der Volkskommissare schreibt mir vor,

dorthin die nötigen Streitkräfte zu entsenden,

um die Küste des Weißen Meeres vor der Besitzergreifung durch ausländische Imperialisten zu schützen, daher befehle ich folgendes:

1. Wer dem auswärtigen Militär Hilfe leistet, ob direkt oder indirekt, wird als Landesverräter betrachtet und nach Kriegsgesetz hingerichtet.

2. Der Transport nach Archangelsk von Kriegsgefangenen, ob in bewaffneten oder unbewaffneten Abteilungen oder einzelner Leute, ist unbedingt verboten, jeder, der hiergegen verstößt, wird nach dem Kriegsgesetz gerichtet.

3. Zur Fahrt an die Weißmeerküste benötigen russische wie ausländische Bürger unbedingt die Erlaubnis des nächsten Kreiskriegskommissariats. Passagiere, welche ohne eine derartige Erlaubnis an die genannte Küste reisen, sind zu verhaften.

Moskau, 5. Juli. Der Rat der Volkskommissare hat folgende Bekanntmachung erlassen: Der Vorsitzende des Murmanschen Sowjets Jurjew, welcher zu den anglo-französischen Imperialisten übergegangen ist und an den feindlichen Handlungen gegen die Sowjetrepublik teilgenommen hat, wird als Feind derselben erklärt und als außerhalb des Gesetzes stehend betrachtet. — Wie die Presse meldet, ist über Archangelsk der Kriegszustand verhängt worden.

Kopenhagen, 5. Juli. Zu der Meldung von finnischen Truppentransporten nach der Murmanküste und Russisch-Karelien und der Ausweisung englischer Untertanen aus Finnland kann die hiesige finnische Gesandtschaft erklären, daß diese Meldungen jeder Grundlage entbehren.

Um Baku.

Republik Nordaserbeidschan.

Konstantinopel, 3. Juli. (Agentur Milli.) Emin Bey, der Vorsitzende der republikanischen Nationalversammlung von Aserbeidschan, gegenwärtig in Konstantinopel in der Eigenschaft eines ersten Abgeordneten, gewährte einem Vertreter der Agentur Milli eine Unterredung über die Republik Nord-Aserbeidschan. Sie erklärte ihre Unabhängigkeit am 28. Mai und umfaßt die Provinzen Baku, Elisabethpol, einen Teil der Provinz Tiflis und Eriwan. Der Flächeninhalt beträgt 100 000 Quadratkilometer, die Bevölkerung beläuft sich auf ungefähr drei Millionen, von denen 75 Proz. vollständig türkisch und muselmanisch sind. Die Volksvertretung aus 44 Abgeordneten Aserbeidschans, früheren Mitgliedern des südkaukasischen Reichstags, bildete unter dem Vorsitz von Fetith Ali Khan ein Kabinett von 12 Mitgliedern. Dieses Kabinett führt gegenwärtig die Regierung des Landes. Die gesetzgebende Versammlung wird sechs Monate später zusammentreten und Entscheidung treffen über die spätere Form der Republik Aserbeidschan. Osmanische Lehrer sind jetzt damit beschäftigt, die Organisation des Heeres vorzunehmen. Polizei und Gendarmerie werden organisiert, der Sitz der Regierung Aserbeidschans ist Baku, aber da diese Stadt in Händen der Bolschewikibanden ist, befindet sich die Regierung vorläufig in Elisabethpol. Die osmanische Armee in Elisabethpol leitete mit militärischen Kräften die Operationen Aserbeidschans zur Befreiung Bakus ein. Die Bevölkerung Aserbeidschans ist sehr fleißig und sehr handeltreibend. Von Anfang des Weltkrieges an waren ihre Sympathien stets auf seiten der brüderlichen Türkei und ihrer Verbündeten.

Als vor Monaten die Besetzung der Stadt Baku durch die Bolschewisten gemeldet wurde, prophezeite der „Vorwärts" folgendes: man würde demnächst von Hilferufen hören, ausgehend von der kaukasischen Republik, diese Hilferufe würden sich zu Gesuchen an die Mittelmächte verdichten, und daran würde dann das schon öfter erlebte Schauspiel des militärischen Einmarsches wie in Finnland, Livland, Estland usw. sich anschließen. Dabei handle es sich aber nur um die Befreiung der Bevölkerung, die Stellung Bakus als Zentrum der russischen Petroleumerzeugung spiele keine Rolle.

Diese Prophezeiung ist nun eingetroffen. Nur daß nicht die inzwischen zerfallene kaukasische Republik um Hilfe gerufen hat, sondern einer ihrer Trümmer. Aserbeidschan war bisher der Name der nördlichen Provinz Persiens, hier aber handelt es sich um das nordwärts daran angrenzende bislang russische Gebiet, das sich unter dem Namen „Nord-Aserbeidschan" selbständig machen will. Das heißt ein Teil dieses Gebietes, das Land um Baku und die Stadt selber wollen offenbar beim bolschewistischen Rußland bleiben. Dies verstößt aber gegen das Selbstbestimmungsrecht, „wie ich es auffasse", deshalb sind die Arbeiter von Baku Banditen und müssen nun mit Waffengewalt davon überzeugt werden, daß wir im Zeichen des Friedens von Brest-Litowsk leben.

Englische Angriffe beiderseits der Somme, auf dem Nordufer, östlich von Hamel und Villers Bretonneux zurückgewiesen — Erhöhte Gefechtstätigkeit an Avre und Aisne — Fortdauer der Piaveschlacht — Erbittertes Ringen um die Mündungsinsel — Italienische Angriffe auf den Monte Solarolo abgeschlagen.

Berlin, 5. Juli 1918, abends. Amtlich.

Von den Kampffronten nichts Neues.

Amtlich. Großes Hauptquartier, 5. Juli 1918. (W. T. B.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht.

Oestlich von Ypern wurden stärkere Vorstöße des Feindes abgewiesen. Beiderseits der Somme sind gestern früh dem starken englischen Feuer Infanterieangriffe des Feindes gefolgt. Auf dem Nordufer des Flusses brachen sie vor unseren Linien blutig zusammen. Südlich der Somme drang der Feind in Dorf und Wald Hamel ein. Auf der Höhe östlich von Hamel wurde sein Angriff durch unseren Gegenstoß zum Scheitern gebracht. Oestlich von Villers Bretonneux warfen wir den Feind in seine Ausgangsstellungen zurück.

Am Abend lebte die Gefechtstätigkeit fast an der ganzen Heeresgruppenfront auf und blieb auch während der Nacht namentlich im gestrigen Kampfabschnitt gesteigert.

Heeresgruppe Deutscher Kronprinz.

Erhöhte Gefechtstätigkeit auf dem Westufer der Avre und beiderseits der Aisne.

Leutnant Menkhoff errang seinen 35., Leutnant Thuy seinen 24. Luftsieg.

Der Erste Generalquartiermeister.
Ludendorff.

Der österreichische Bericht.

Wien, 5. Juli 1918. Amtlich wird verlautbart:

Die Kämpfe auf der Piave-Mündungsinsel haben auch gestern keine Unterbrechung erfahren. Die beiderseits eingesetzten Kräfte halten einander die Wage. Starke italienische Angriffe gegen unseren Südflügel wurden durch Gegenstöße wettgemacht. Bei Chiesa Nuova warf das altbewährte schlesische Infanterieregiment Nr. 1 durch rasches Zugreifen den in unsere Stellungen eingedrungenen Italiener wieder hinaus. Zwischen der Piave und der Brenta setzt der Feind seine Versuche, die von uns am 16. Juni gewonnene Stellung zurückzuerobern, mit Zähigkeit fort. Sein Hauptstoß richtete sich gestern gegen den Raum des Monte Solarolo. Der bis in unsere Gräben vorgetragene Angriff führte zu erbitterten Nahkämpfen, in denen ein großer Teil des Feindes niedergemacht, der Rest zurückgetrieben wurde. Von Batterien der Grazer Einser und der Krakauer 55. Feldartilleriebrigade vortrefflich unterstützt, haben sich, seit drei Wochen ununterbrochen im Kampfe stehend, wieder die Schlesier des Bataillons 120 und die Bosniaken des vierten Regiments besonders ausgezeichnet. Die Verluste des Gegners sind außerordentlich hoch. — Auf der Hochfläche der Sieben Gemeinden und an der Tiroler Front lebhafte Artillerietätigkeit.

Der Chef des Generalstabes.

Kühlmanns Rede im englischen Unterhause.

London, 5. Juli. (Reuter.) Unterhaus. Der Pazifist Mason fragte, was die Regierung zu unternehmen gedenke im Hinblick auf die Reichstagserklärung des Staatssekretärs von Kühlmann über die deutschen Kriegsziele. Der Unterstaatssekretär für Auswärtige Angelegenheiten Lord Robert Cecil antwortete, er könne nicht einsehen, daß es nützlich wäre, auf eine so unbestimmte und unentschiedene Erklärung hin etwas zu unternehmen. Unsere Kriegsziele, fuhr er fort, sind allgemein bekannt, aber wir warten vergeblich auf eine klare und unzweideutige Feststellung der Kriegsziele unserer Feinde. Schließlich ersuchte Mason darum, eine Erörterung der Kühlmannschen Erklärung zu eröffnen. Aber kein einziges Mitglied des Hauses erhob sich zu seiner Unterstützung.

Die Protestbewegung der Börse.

Von Wilhelm Keil.

Seit dem Bekanntwerden des Beschlusses des Hauptausschusses, den Stempel für den Umsatz von Dividendenpapieren während der Kriegsdauer auf 5 vom Tausend, im Frieden auf 2 vom Tausend festzusetzen, wird an allen Börsenplätzen eine geräuschvolle Protestbewegung inszeniert. Der Börsenbetrieb wird künstlich eingeschränkt, die Börsenvereinigungen halten Versammlungen ab, beschließen, daß der erhöhte Stempel den Ruin der Börse, die Gefährdung der Existenz des Bankiergewerbes, die Bedrohung unseres ganzen Wirtschaftslebens bedeute, richten Eingaben über Eingaben an den Reichstag, telegraphieren die einzelnen Reichstagsabgeordneten an und drohen mit dem Massenstreik.

Man muß gestehen: Die Börsenleute verstehen sich aufs Agitieren und demonstrieren. Die Arbeiter und die breite Masse der von den Verbrauchssteuern hart betroffenen Volksschichten könnten von ihnen etwas lernen. Die minderbemittelten Volksmassen werden jetzt während des Krieges bereits von der dritten Serie empfindlich wirkender Verbrauchssteuern betroffen. Hätten sie dieselben Mittel zur Abwehr angewandt wie die Börsenleute, so wäre unser Wirtschaftsleben mitten im Kriege stillgelegt, der Reichstag in einem Meer von Eingaben ersäuft worden und den bürgerlichen Parteien wie der Regierung wäre es wohl vergangen, eine Massenbelastung auf die andere zu häufen.

Als die Regierungsvorlage, die den Stempel auf 3 vom Tausend festsetzte, Mitte April erschien, wurde sie von der Börse verhältnismäßig ruhig aufgenommen. Die besonnene Kritik, die sich auf den Boden der Provinzbankiers stellte, bezeichnete den Steuersatz zwar als zu hoch, aber 2 vom Tausend hielten nüchtern urteilende Fachleute für durchaus erträglich. Als Berichterstatter für das Stempelgesetz schloß ich mich bei der ersten Ausschußberatung dieser Auffassung insofern an, als ich die Bedenken gegen 3 vom Tausend für die Friedenszeit als berechtigt anerkannte. Für die Kriegszeit schien mir dieser Satz aber nicht zu hoch zu sein. Die Regierung und der Reichsbankpräsident wiesen in diesen Beratungen auf das tolle Spekulationstreiben an der Börse hin, das immer krassere Formen annahm und das auch in der Börsenpresse nicht nur zugegeben, sondern mit zunehmender Heftigkeit gegeißelt wurde. Man konnte in dieser Presse lesen, wie die Kriegsgewinnler das Börsenspiel als Sport betrieben, wie sie die Kurse hinaufpeitschen, wie die höchste Steuer und selbst ein hoher Eintrittspreis zu den Börsensälen die Spielwut nicht einzudämmen vermöchten. So verdichtete sich der Gedanke immer mehr, wenigstens für die Kriegszeit eine höhere Umsatzsteuer, die man als eine ergänzende Kriegsgewinnsteuer ansehen kann, zu erheben. Die Regierung wollte bis zu 1 Proz. gehen, fand aber dafür keine Mehrheit, auch der Satz von 5 vom Tausend wurde in erster Lesung abgelehnt und auf den starken Einfluß von Abgeordneten hin, die dem Bankfach nahestehen, beschlossen, den Steuersatz auf 1 vom Tausend herabzusetzen. Daß das, vor allem während der Kriegszeit, doch eine zuweitgehende Rücksicht war, sah man selbst in solchen Kreisen ein, die dem Bankkapital die größten Sympathien entgegenbringen. So kam es, daß sogar der nationalliberale Führer Stresemann namens der Mehrheit seiner Fraktion den Antrag mitunterschrieb, der nun in zweiter Ausschußlesung angenommen wurde. Und in der Tat: Wenn man der Familie des im Schützengraben liegenden Handwerkers und Arbeiters, dessen Existenz tatsächlich durch den Krieg ruiniert wurde, das Brot, die Kartoffel, das bißchen Fleisch und alles, was des Lebens Notdurft erfordert, mit einer Umsatzsteuer von 5 vom Tausend verteuert, die so oft erhoben wird, als die Ware umgesetzt wird, dann kann wahrlich während des Krieges auch der spekulierende Kriegsgewinnler bei Aktienkäufen eine einmalige Umsatzsteuer von 5 vom Tausend zahlen. Die Börsenleute sollten bei ihrer Protestaktion aber nicht verschweigen, daß sie selbst von diesem Satz gar nicht betroffen werden, denn für Geschäfte zwischen Börsenbesuchern untereinander — sogenannte Kulissengeschäfte — beträgt der Stempel nur fünf Zehntel vom Tausend! Sie sollten ferner, wenn sie auf die Schonung der Börse in England hinweisen, nicht übersehen, wie schonend England auch die breiten Massen im Kriege besteuert und wie rücksichtslos es zugreift in der Erfassung der großen Einkommen und Vermögen.

Von besonderem Reiz ist, daß die Protestbewegung der Börsenleute sich der kräftigsten Unterstützung der „Unabhängigen" erfreut. Eduard Bernstein sieht sich veranlaßt, in der unabhängigen Presse gegen die Sozialdemokratie zu schreiben, weil sie dem erhöhten Börsenstempel zugestimmt hat. Es ist schwer, sich mit Bernstein auseinanderzusetzen, denn man weiß nie in dem Augenblick, in dem man ihm antwortet, ob er die Meinung noch vertritt, die er soeben entwickelt hat. Bernstein war bekanntlich 1906, als die Fraktion unter Bebels Führung die Tantiemesteuer bewilligte, prinzipieller Gegner

derselben. In seiner diesjährigen Generalrede im Plenum war ihm die von 8 auf 20 Proz. erhöhte Tantiemesteuer nicht scharf genug. Im Ausschuß bezeichnete er unsere Anträge auf progressive Verschärfung dieser Steuer als „Stümperei“. Zum Schluß aber stimmte er, ohne einen eigenen Antrag zu stellen, für diese „Stümperei“. Gegen den Umsatzstempel hatte Bernstein im Plenum keinerlei prinzipiellen Einwand zu erheben. Er erklärte, seine Fraktion stehe der Vorlage „uninteressiert“ gegenüber, sie werde aber nicht kontrollierender sein wie die Kapitalisten selber. Obgleich er diesen letzteren Gesichtspunkt im Ausschuß immer wieder als richtungsgebend für seine Haltung bezeichnete, kämpft Bernstein jetzt doch den erbittertsten Kampf gegen die Kapitalisten Stresemann, Junck, Mertens usw., weil diese der Meinung sind, die Börsenspekulanten könnten die ihnen zugemutete Steuer ganz wohl tragen. Einige Anzeichen sprechen dafür, daß die Unabhängigen ein Haar in der Suppe der Verwerfung der Kriegsgewinnsteuer gefunden hätten und in der Steuerfrage obstruieren wollten.

Eine Protestversammlung in Berlin.

Der Verein für die Interessen der Fondsbörse zu Berlin hielt gestern nachmittag eine Protestversammlung ab, in der der Geh. Kommerzienrat Frankel den Vorsitz führte. Nach anderen Rednern nahm der Direktor der Deutschen Bank, Mankiewitz, das Wort, um zu erklären, daß die Großbanken geschlossen gegen die Stempelerhöhung seien. Eine Ueberspekulation sei nicht vorhanden. Schließlich wurde einstimmig folgende Resolution angenommen:

„Der vom Denkmalausschuß des Reichstags in zweiter Lesung gefaßte Beschluß, den Aktienumsatzstempel auf das 17fache des bisherigen Satzes zu erhöhen, würde im Falle seiner Annahme durch den Reichstag nicht nur von verhängnisvollsten Folgen für unser Wirtschaftsleben sein, sondern auch den aus der Börsenumsatzsteuer erwarteten Mehrertrag vereiteln. Außerdem aber würden eine große Anzahl kleinerer und mittlerer Bankbetriebe und ihre Angestellten in ihren Daseinsbedingungen aufs schwerste gefährdet werden. Die Versammlung verwirft jeden Kriegszuschlag und erwartet, daß der Reichstag dem Beschlusse der ersten Lesung des Hauptausschusses, der den Steuersatz auf 1 vom Tausend — also auf das Achtfache des jetzigen Satzes — erhöht, folgen wird. Diese Erhöhung stellt, auch unter dem Gesichtspunkt des finanziellen Erfolges, die äußerste Grenze des Erträglichen dar.“

Militärisches Einschreiten gegen den Börsenstreik in Hamburg!

Hamburg, 5. Juli. In den Börsenräumen wurde von der Handelskammer folgende Kundmachung des Stellvertretenden Kommandierenden Generals v. Falk den Börsenbesuchern zur Kenntnis gebracht: „Da aus Mitteilungen in der Presse hervorgeht, daß die Mitglieder der Hamburger Wertpapierbörse beschlossen haben, den Börsenverkehr einzustellen, so entfällt die Voraussetzung für die Zurückstellung der Firmenvertreter und angestellten Mitglieder der Wertpapierbörse. Ich werde daher anordnen, daß, wenn nicht sofort der Börsenverkehr wieder aufgenommen wird, die zurückgestellten Wehrpflichtigen zum Heeresdienst einzuziehen sind. Ich ersuche, diese Mitteilung umgehend durch Anschlag in den Börsenräumen zur Kenntnis der Beteiligten zu bringen.“

Auf Grund dieser Bekanntmachung beschloß die Versammlung der Mitglieder der Hamburger Wertpapierbörse, den Börsenverkehr unverzüglich wieder aufzunehmen.

Bremen, 5. Juli. Wie Beermanns telegraphisches Bureau hört, werden die Kursnotierungen an der hiesigen Börse am morgigen Tage wieder aufgenommen.

Kriegsfanfaren zur amerikanischen Unabhängigkeitsfeier.

Wilson: Auf Leben und Tod — Churchill: Kein Frieden ohne Sieg.

New York, 4. Juli. (Reuter.) Wilson sagte in seiner Rede am Grabe Washingtons in Mount Vernon am Donnerstag nachmittag: „Das Grab Washingtons ist keine Stätte des Todes, sondern eine Stätte der Tat. Es ist sehr bezeichnend für Washington und seine Helfer, daß sie nicht für eine Klasse sprachen, sondern für ein Volk. Ihr bewußtes Ziel war, die Menschen aller Klassen zu befreien und Amerika zu einem Zufluchtsort für die Menschen aller Länder zu machen, wenn sie den Wunsch hatten, die Rechte und Privilegien freier Männer zu teilen. Wir haben dieselben Ziele wie sie; wir in Amerika glauben, daß unsere Teilnahme am Kriege nur die Frucht ist von dem, was sie gesagt haben. Unsere Auffassung von dem großen Streit, in den wir verwickelt sind, ist folgende: Auf der einen Seite stehen die Völker der Welt, nicht nur die, die an dem Kampfe teilnehmen, sondern auch viele andere, die unter der Oberherrschaft leiden, Völker vieler Rassen und aller Teile der Welt, auch Rußland. Ihnen gegenüber steht eine isolierte Gruppe freundloser Regierungen, die keine gemeinschaftlichen Ziele vor Augen haben, sondern nur ihren eigenen selbstsüchtigen Ehrgeiz zu befriedigen suchen, während ihre Völker nur Brandstoff in ihren Händen sind, Regierungen, die mit einer primitiven Macht bekleidet sind, die aus einer Zeit stammt, die uns vollkommen fremd und feindlich ist. Vergangenheit und Gegenwart sind in einen Kampf auf Leben und Tod verwickelt; das Ergebnis muß endgültig sein. Wir würden keinen Vergleich, keine halbe Entscheidung dulden können; es würde auch keine halbe Entscheidung möglich sein. Die verbündeten Völker kämpfen für die folgenden

Ziele, die verwirklicht sein müssen,

ehe Friede werden kann: 1. Vernichtung jeder Willkür und Macht, die für sich allein und heimlich den Frieden der Welt stören kann, und wenn ihre Vernichtung jetzt nicht möglich ist, mindestens ihre Herabdrückung zu tatsächlicher Machtlosigkeit. 2. Regelung aller Fragen sowohl der territorialen wie der Souveränitätsfragen, der wirtschaftlichen und politischen Fragen auf der Grundlage einer freien Annahme dieser Regelung durch das Volk, das unmittelbar dabei betroffen ist und nicht auf der Grundlage des materiellen Interesses oder Vorteils irgendeines anderen Volkes, das eine andere Regelung zur Ausbreitung seines Einflusses oder seiner Herrschaft wünscht. 3. Einwilligung aller Völker, in ihren Verhältnissen zueinander sich von denselben Grundsätzen der Ehre und der Achtung vor dem Gewohnheitsrecht der zivilisierten Gesellschaft leiten zu lassen, wie sie für die einzelnen Bürger moderner Staaten gelten, dergestalt, daß alle Versprechungen und Verträge gewissenhaft beobachtet, daß keine Sonderanschläge und Verschwörungen angezettelt werden und daß wechselseitiges Vertrauen geschaffen wird auf der Basis wechselseitiger Achtung vor dem Recht. 4. Schaffung einer Friedensorganisation, die verbürgt, daß die gesamte Macht der freien Nationen jede Rechtsverletzung verhüten wird und die ein Schiedsgericht einrichtet, dem alle internationalen Gegensätze unterbreitet werden sollen.

Diese großen Ziele können wir in einen Gedanken zusammenfassen: Wir fechten nur für die Herrschaft des Rechtes, gegründet auf die Zustimmung der Regierten und geschützt durch die organisierte Meinung der Menschheit.

Die verblendeten Machthaber Deutschlands haben Kräfte ins Leben gerufen, die sie wenig lernten, Kräfte, die, wenn sie einmal erweckt, niemals wieder zu Boden gezwungen werden können. Denn sie besitzen eine innere Kraft und einen Endzweck, die unsterblich sind und den Triumph rechtfertigen.

London, 4. Juli. (Reuter.) In einer zur Feier des Amerikanischen Unabhängigkeitstages abgehaltenen Versammlung der „Anglo-Saxon-Fellowship“ in Westminster hielt Munitionsminister Churchill eine Rede, in der er sagte, die amerikanische Unabhängigkeitserklärung vom 4. Juli 1776 sei nicht nur ein amerikanisches Dokument; sie sei einer der großen Rechtstitel, auf denen die Freiheiten der englischen Völker begründet seien. Nachdem Churchill den gegenwärtigen Krieg als einen Kampf zwischen Zivilisation und wissenschaftlicher Barbarei, zwischen Staaten, wo die Völker Regierungen besitzen und Staaten, wo die Regierungen die Völker besitzen, bezeichnet hatte, fuhr er fort, eines der beiden Systeme müsse entscheidend siegen. Deutschland müsse geschlagen werden und wissen, daß es geschlagen sei. Aber das deutsche Volk muß wissen, daß wir für uns selbst keine grundlegenden natürlichen Rechte beanspruchen, die wir nicht bereit sind, ihm zuzusichern. Alle in der Unabhängigkeitserklärung enthaltenen Rechte werden die seinen sein. Wir wollen heute Amerika unsere treue Kameradschaft aussprechen. Kein Kompromiß in unseren Hauptzielen, kein Friede ohne Sieg, keine Vereinbarungen, wenn das Unrecht nicht bereut wird, das ist die Erklärung vom 4. Juli 1918, nicht nur eine Unabhängigkeitserklärung, sondern auch eine Erklärung der Zusammengehörigkeit.

Genf, 4. Juli. Der amerikanische Unabhängigkeitstag wurde nach einer Havasmeldung in ganz Frankreich festlich begangen. Eine Pariser Straße bekam aus diesem Anlaß den Namen Avenue Wilson. Pichon und Deschanel hielten bei der Einweihungsfeier die üblichen, Phrase für Phrase sattsam bekannten Reden.

Die Reden Wilsons und Churchills können in keiner Weise dem Frieden dienen. Wenn beide Staatsmänner dem Friedensschluß die Bedingung des eigenen entscheidenden Waffensieges voraussetzen, so hat das deutsche Volk gegenüber einer solchen Zumutung nur ein glattes Unannehmbar. Alle Versicherungen, daß Deutschland nach seiner Besiegung gar nichts Schlimmes, sondern nur „Gerechtigkeit“ widerfahren werde, sind hinfällig für den, der auch nur über einen blassen Schimmer geschichtlicher Kenntnisse verfügt. Die „Gerechtigkeit“ des schrankenlosen Siegers hat noch immer für den wehrlosen Besiegten der schlimmsten Ungerechtigkeit, Knebelung und Unterdrückung verzweifelt gleich gesehen. Die Versicherung, daß man nur gegen die Regierung, nicht gegen das Volk Krieg führe, ist auch schon zu unzähligen Malen abgegeben worden, hat aber nie gehindert, daß am Schluß das besiegte Volk für seine Regierung büßen mußte. Wenn gar Wilson den „Kampf auf Leben und Tod“ proklamiert, so kann niemand dem deutschen Volk zumuten, daß es freiwillig sich mit dem Tod einverstanden erklärt; bei solcher Gesinnung der Gegner bleibt ihm nur der entschlossene Verteidigungskampf, bis auch sie sich überzeugt haben, daß nicht der „Endsieg“, sondern nur die Verständigung die Möglichkeit einer gedeihlichen Zukunft der Menschheit bietet.

Hoffnungen und Befürchtungen in Rußland.

Hunger bis zur Ernte! — Eine bolschewistische Staatsuniversität. — Der Zar nicht ermordet.

„Politiken“ veröffentlicht eine Unterredung mit Lenin, die der Vertreter des Blattes in Petersburg hatte. Danach gebe Lenin zu, daß die Lage schwer sei und daß besonders die nächsten Wochen bis zur Ernte Gefahren mit sich brächten, doch sei die gegenrevolutionäre Liga der reichen Bauern und Offiziere ohne fremde Unterstützung machtlos. Die Opposition innerhalb der Bolschewikipartei gegen den Brester Frieden habe sich gelegt, da man begriffen habe, daß derselbe notwendig sei, um die Erstickung der Revolution durch Deutschland zu verhindern. In der Ukraine sei der Bolschewismus durch die deutsche Okkupation eine Art Nationalbewegung geworden. Zum Schluß sprach Lenin die Hoffnung auf eine allgemeine Revolution in Europa aus.

„Rasche Selowo“ vom 3. Juli teilt mit, daß im Rate der Volkskommissare die Gründung einer sozialistischen Akademie erwogen wurde. Einstimmig wurden zu Mitgliedern erwählt Bucharin, Lorgin, Stutschka, Radek, Riasanow, Bogdanow und Lenin. (Lenin lehnte die Wahl ab.) Aus Deutschland wurden gewählt: Rosa Luxemburg, Georg Ledebour, Karl Kautski, Franz Mehring und Karl Liebknecht; aus Oesterreich-Ungarn: Otto Bauer. Die gleichfalls als Mitglieder ersehenen Russen Roni, Kropotkin und (der inzwischen verstorbene) Plechanow haben kategorisch abgelehnt.

Nach Meldung der „Nationalidende“ aus Stockholm erklärte Lenin in einer Unterredung mit dem Moskauer Vertreter des Stockholmer Sindikalistenblattes „Folkets Dagblad“ aufs bestimmteste die Meldung für unrichtig, daß der Zar ermordet sei.

Der fünfte allrussische Sowjet-Kongreß ist auf den 10. Juli einberufen. Auf der Tagesordnung stehen Berichte, Wahlen, Verfassungs- und Ernährungsfragen.

Wien, 5. Juli. Am 4. Juli fand in Berlin der Austausch der Ratifikationsurkunden zu dem Friedensvertrag zwischen Oesterreich-Ungarn und der russischen Sowjetrepublik sowie dem dazu gehörigen Zusatzvertrag statt. Der Austausch wurde vollzogen durch den österreichisch-ungarischen Geschäftsträger Botschafterat Grafen Trisch in Berlin und den dortigen bevollmächtigten Vertreter der russischen Sowjetrepublik Joffe. Ueber den Austausch der Ratifikationsurkunden wurde ein Protokoll aufgenommen.

„Streik ist Verrat!“ — Der Kampf gegen die Tschecho-Slowaken.

Moskau, 3. Juli. Nach Meldung der Presse hat gestern eine Sitzung der Konferenz der Fabrikausschüsse zusammen mit dem Moskauer Rat sowie Vertretern der örtlichen Eisenbahnkomitees und der Bezirksräte über den angekündigten Eisenbahnerstreik stattgefunden. Die Versammlung hat die Resolution Sinowjewsch angenommen, wonach die gesamte Industrie gemäß Dekret vom 28. Juni unter die Leitung des obersten Wirtschaftsrates in die Arbeiterhände übergeht, ein Streik somit als Verrat zu betrachten sei.

Moskau, 3. Juli. Die hiesige Presse meldet: Das Militärkommissariat hat die sofortige Formierung von Batterien zum Kampf gegen die Tschecho-Slowaken verfügt.

Die West-Uralbahn ist von Gegenrevolutionären gesäubert. Aus dem Abschnitt Slatoust haben sich die Gegenrevolutionäre nach Ufinsk zurückgezogen.

Die Rüstungsarbeiten in Jaroslaw, Rybinsk, Kineschma, Wologda befinden sich im Aufstand. Die Kapitalversorgung der Nordbahn und der Schiffahrt der oberen Wolga ist eingestellt.

Die holländischen Wahlen.

Amsterdam, 5. Juli. Das Organ der sozialdemokratischen Arbeiterpartei „Het Volk“ begrüßt in einem Leitartikel über den Ausgang der Wahlen die Tatsache, daß die Partei mit 22 Mandaten als zweitstärkste aus dem Wahlkampfe hervorgegangen ist. Mit Bezug auf die auswärtige Politik erklärt das Blatt, daß die Partei auch in Zukunft ihre Kraft der strengen Handhabung der niederländischen Neutralität widmen wird. Sie wird alles, was in ihrer Macht steht, aufbieten, um zu verhüten, daß Holland in den Krieg hineingezogen wird.

Ein Wiener Kaiserbrief an Wilhelm II.

Die Bitte um Brot.

Das Wiener K. K. Telegraphenbureau meldet vom 5. Juli: Da die gegenwärtige Verpflegungslage zu geradezu unlösbaren Schwierigkeiten führte, hat Kaiser Karl an Kaiser Wilhelm ein Schreiben gerichtet, welches am 24. Juni durch Generalmajor Max Egon Fürst Fürstenberg überreicht wurde. Auf Grund der nach Empfang dieses Handschreibens durch den Deutschen Kaiser erteilten Weisungen fanden im Großen Hauptquartier und bei den zuständigen Stellen in Berlin Besprechungen statt, an welchen der ungarische Ernährungsminister Prinz Windischgrätz und ein Vertreter des K. und K. Oberkommandos teilnahmen. Die dank der Initiative beider Monarchen eingeleiteten Verhandlungen haben zu vollem Einvernehmen bezüglich gemeinsamer, planmäßiger Verwertung aller Getreidevorräte bis zur neuen Ernte geführt.

Die österreichische Regierung hatte durch rechtzeitige Maßnahmen dafür sorgen sollen, daß der Welt dieses sehr merkwürdige Schauspiel erspart blieb. Die Wiener offiziöse Notiz ist dazu bestimmt, in Oesterreich Stimmung zu machen, in Deutschland wird sie aber nur Mißstimmung erzeugen. Wir haben fünf dünne Schnitten Brot im Tag und 70 Gramm Kartoffeln!

Deutsch-österreichisches Wirtschaftsbündnis.

Berlin, 4. Juli. (W. T. B.) Am 4. Juli 1918 fand im Reichswirtschaftsamt eine im einzelnen streng vertrauliche Besprechung über die wirtschaftliche Annäherung zwischen Deutschland und Oesterreich-Ungarn statt. Geladen waren Vertreter der Wirtschaftsverbände der Landwirtschaft, des Handels und der Industrie. Nach einleitenden Worten des Staatssekretärs des Reichswirtschaftsamts wurde von Vertretern der Regierung ein kurzer Ueberblick über die bisher geleisteten Vorarbeiten gegeben, welche teils zu Verhandlungen der maßgebenden deutschen Stellen unter sich, teils zu Vorbesprechungen mit unseren Bundesgenossen gediehen sind, und welche die Erstellung eines einheitlichen Zolltarifes und Zollgesetzes sowie die Durchführung eines einheitlichen Zollverfahrens umfassen, ferner die Vereinheitlichung der gesetzlichen Regelung auf dem Gebiete des Gewerbes und Handels, in weiterer Linie des gewerblichen Rechtsschutzes, der Statistik und der Verkehrs- und Schiffahrtsverhältnisse anbahnen. In einer für den 8. Juli 1918 in Salzburg anberaumten Zusammenkunft von Vertretern Deutschlands und Oesterreich-Ungarns sollen nunmehr die Grundsätze festgelegt werden, nach welchen die späteren Einzelverhandlungen erfolgen sollen.

Explosionsunglück in Grenoble. Bern, 4. Juli. „Progrès de Lyon“ meldet, daß in Grenoble am 29. Juni abends infolge Sprengung in einem Schießbedarfslager alle Lagerschuppen in der Umgebung des Zeughauses aufgeflogen seien.

Der niederländische Convoy auszugefahren. Haag, 5. Juli. Das Korrespondenzbureau meldet, daß nach hier eingegangenen Berichten der Convoy heute früh 5½ Uhr die Reise nach Niederländisch-Indien angetreten habe.

Der Arbeitsplan des Reichstages.

Der Aeltestenrat des Reichstags trat gestern mittag zur Besprechung des Arbeitsplanes für die nächsten Tage zusammen. Sonnabend, den 6. Juli, soll die Sitzung um 1 Uhr beginnen, mit der Tagesordnung: Erste Lesung des Gesetzentwurfs betreffend Abänderung des Gesetzes über den Absatz von Kalisalzen, erste Lesung des Entwurfs gegen Unfruchtbarmachung und Schwangerschaftsunterbrechung — diese beiden Entwürfe sollen ohne Aussprache an Ausschüsse verwiesen werden —, Berichte des Ernährungsausschusses und des Ausschusses für Handel und Gewerbe über Kohlenversorgung. Montag, den 8. Juli, soll die Sitzung ebenso um 1 Uhr beginnen, mit der Tagesordnung: Erste event. zweite Beratung des Entwurfs betr. abermalige Verlängerung der Legislaturperiode des Reichstags, erste event. zweite Beratung des Entwurfs betr. den Landtag für Elsaß-Lothringen, zweite Beratung des Entwurfs über die Zusammensetzung des Reichstags und die Verhältniswahl in großen Reichstagswahlkreisen. Dienstag, den 9. Juli, soll die Sitzung bereits um 10 Uhr beginnen, mit der Tagesordnung: Erste Lesung der Kriegskredite in Verbindung mit der zweiten Beratung der Steuervorlagen. An den folgenden Tagen sollen die Sitzungen ebenfalls frühzeitig beginnen, und man hofft, bis Donnerstag, spätestens bis Freitag die Steuervorlagen und die Kriegskredite endgültig erledigt zu haben. Alsdann wird die Sommerpause des Reichstags eintreten.

Letzte Nachrichten.

Japan liebt Amerika!

New York, 4. Juli. (Reuter.) Der japanische Botschafter Ishii hielt in Fairhaven (Massachusetts) eine Rede, in der er versprach, daß Japan seinen vollen Anteil am Kriege in der Weise tragen werde, die seiner Ansicht nach am wirksamsten und am meisten zum Erfolge beitragen könnte. Er bezeichnete die Gerüchte über die Möglichkeit einer Wiederannäherung Deutschlands an Japan als deutsche Intrige, die dazu bestimmt sei, die Alliierten von einander zu trennen. Ishii teilte dann folgende Botschaft des japanischen Volkes an das Volk der Vereinigten Staaten mit: Wir vertrauen euch und lieben euch, und wenn ihr das gestattet, werden wir in loyaler guter Kameradschaft alle kommenden Jahre euch zur Seite wandeln.

Fertigstellung der Steuergesetze im Hauptausschuß.

Reichsfinanzhof und Gesetz gegen die Steuerflucht.

Der Hauptausschuß beendigte am Freitag die Beratung der ihm überwiesenen Steuergesetze. Es wurden zunächst die letzten Paragraphen des Gesetzes über den **Reichsfinanzhof** durchberaten.

Bei § 13 macht der Vertreter Württembergs starke Bedenken dagegen geltend, daß dem Reichsfinanzhof auch die Rechtsprechung in Fragen der Doppelbesteuerung übertragen werden solle. — Graf Roedern erkennt diese Bedenken teilweise als berechtigt an, man werde aber im Bundesrat durch entsprechende Vorschriften vorzubeugen suchen. — Eine längere Aussprache entsteht bei der Beratung der §§ 19 bis 22, die die Reichsaufsicht regeln. Graf Carmer (k.) erblickt darin einen unberechtigten Eingriff in die Befugnisse der Einzelstaaten. — Graf Roedern bemerkt, daß diese Bedenken auch im Bundesrat laut geworden seien. — Berichterstatter Dr. Junck: Der Widerstand im Bundesrat scheine von jenen Stellen auszugehen, die am liebsten das ganze Gesetz scheitern ließen. — Preußischer Finanzminister Hergt: Es müsse zugegeben werden, daß bisher das Aufsichtsrecht ein etwas stumpfe Waffe gewesen sei. Den § 20 bitte er zu streichen. — Gröber (Z.) verteidigt den § 20, der nicht entbehrt werden könne. **Die Aufsichtsbeamten des Reichs seien denen des Staates nicht koordiniert, sondern übergeordnet.** — Erzberger: Ohne den § 20 werde das Aufsichtsrecht des Reiches eine taube Nuß sein. — Die Vertreter Bayerns und Sachsens ersuchen um die Streichung des § 20. — Noske (Soz.) tritt entschieden für die Beibehaltung ein. An den partikularistischen Bedenken werde der Bundesrat das Gesetz, an dem die ganze Steuerreform hänge, unmöglich scheitern lassen.

Nach fast zweistündiger Debatte wird der **§ 20 mit 15 Stimmen angenommen** und darauf der Rest der Vorlage nach unerheblicher weiterer Aussprache genehmigt.

Der Hauptausschuß beendigte dann noch, ohne wesentliche neue Beschlüsse zu fassen, die Beratung des **Gesetzes über die Steuerflucht.** Damit hatte er sein Steuerpensum erledigt. Am Sonnabend will der Reichsschatzsekretär im Ausschuß eine allgemeine Darlegung über den Stand der Reichsfinanzen geben.

Das Arbeitskammergesetz.

Um die Arbeiter- und Angestelltenausschüsse.

Ob die **Arbeiter- und Angestelltenausschüsse** im vorliegenden Gesetze geregelt werden sollen, wurde in der Freitagsitzung des Reichstagsausschusses erörtert. Abg. Silberschmidt (Soz.) wies eingehend nach, daß es einer der bedenklichsten Mängel der Vorlage ist, daß sie die im Hilfsdienstgesetz geschaffenen Arbeiter- und Angestelltenausschüsse nicht sicherstellt. Sie seien vom Einigungswesen gar nicht zu trennen und im besonderen in der Uebergangszeit nicht zu entbehren; selbst wenn die Regierung beabsichtige, solche Ausschüsse dauernd zu schaffen, müsse befürchtet werden, daß sie bei Ablauf des Hilfsdienstgesetzes noch nicht gesichert sind; solche Leere müsse verhütet werden. Der Antrag Bender u. Gen. bezwecke das. — Ein Regierungsvertreter erklärt, daß für ein besonderes Gesetz über Arbeiterausschüsse bereits Vorarbeiten aufgenommen sind; sie sind in nicht allzu langer Zeit abschlußreif; die bestehenden Schwierigkeiten werden das Zustandekommen des Arbeitskammergesetzes sehr verzögern. — Abg. Schiffer (Z.) erklärt die Regelung im vorliegenden Gesetz für notwendig, nachdem die Regierung selber das Einigungswesen einbezogen habe. — Abg. Weinhausen (Vp.) will gegen die sofortige Regelung stimmen, wenn der besondere Gesetzentwurf bis zum Herbst an den Reichstag gelangt. Die Angestelltenausschüsse gehören ins Angestelltenkammergesetz. — Abg. Trimborn (Z.) bejaht die Schaffung von Arbeiter- und Angestelltenausschüssen, erachtet aber ein besonderes Gesetz für erforderlich. — Abg. Schiele (L.) hält Arbeiterausschüsse als Unterlage des Einigungswesens für zweckmäßig; ihre Regelung erfolge am besten durch eine Novelle zur Gewerbeordnung. — Abg. Giebel (Soz.) tritt sehr entschieden für die sofortige Regelung ein, weil das Einigungswesen ein wertvoller Teil des Entwurfs sei; solche Ausschüsse seien die Grundlage, denn Arbeitern und Angestellten müsse dafür eine gesetzlich anerkannte Vertretung im Betriebe gewährt werden. Die **Regierung weiche anscheinend vor Schwerindustrie und Großgrundbesitzern zurück.** Der Hinweis auf eine entsprechende Novelle zur Gewerbeordnung lasse als Absicht vermuten, solche Ausschüsse von vornherein auf gewerbliche Betriebe zu beschränken; Seeleute, Landarbeiter und viele Angestellte gingen dann leer aus. Werde aber das Einigungswesen im vorliegenden Entwurfe allgemein geregelt, dann sei es nur richtig, die Angestellten nicht wiederum auf ein besonderes Gesetz zu vertrösten. — Ein Regierungsvertreter malt die schlimmen Gefahren an die Wand, wenn Arbeiterausschüsse für den Personenkreis zu schaffen sind, der für die Arbeitskammern zuständig ist; es sei gefährlich, z. B. in der Schiffahrt den Obmann des Arbeiterausschusses neben den Kapitän des Schiffes zu stellen. — Abg. Wildgrube (k.) verneint, daß zum Einigungswesen überhaupt Arbeiterausschüsse gehören, die er nicht ablehne. — Abg. Bender (Soz.) tritt den Uebertreibungen des Regierungsvertreters hinsichtlich der Schiffahrt entgegen. — **Der Ausschuß beschloß mit allen gegen 3 konservative Stimmen, die Arbeiterausschüsse im Gesetz zu regeln,** lehnte indessen mit allen gegen die sozialdemokratischen Stimmen ab, mit dem Einigungswesen in diesem Gesetz gleichzeitig die **Angestelltenausschüsse** zu schaffen.

Das Schutzhaftgesetz.

In der fortgesetzten Beratung der Novelle zum Schutzhaftgesetz teilte zu Beginn der Sitzung General v. Wrisberg mit, daß seit Inkrafttreten des Gesetzes 855 ausgewiesene Personen nach **Elsaß-Lothringen** zurückkehren durften, davon seit dem 1. November 1917 bis jetzt rund 300 Personen. Im folgenden drehte sich die Debatte in erster Reihe um die Frage, ob den Militärbefehlshabern die Möglichkeit zu nehmen sei, durch Ausführung des sogenannten Kriegsnotrechts das Schutzhaftgesetz nach Belieben zu durchlöchern. Diesem Zwecke soll ein Antrag Waldstein (Vp.) in Verbindung mit einer Resolution, ein Antrag Landsberg und in Antrag Rießer dienen. Bei Begründung seines Antrags führte Abg. Waldstein ein Urteil des Reichsmilitärgerichts an, das Anordnungen gemäß § 9b des Belagerungszustandsgesetzes nicht als Schutzhaft im Sinne des Gesetzes erklärt, und zwar mit folgender Argumentation: „Es wird nicht zwangsweise ein Zustand der Freiheitsbeschränkung hergestellt und aufrechterhalten, sondern es wird dem einzelnen nur die Verpflichtung auferlegt, bei Meidung einer Strafe ein bestimmtes Gebäude, einen bestimmten Bezirk nicht zu verlassen. Die Strafe steht also lediglich auf der Uebertretung des Verbots. Ein Zwang zum Gehorsam, wie er für den Begriff der Schutzhaft und Aufenthaltsbeschränkung im Sinne des Gesetzes notwendig ist, besteht nicht."

Gegen den Antrag Landsberg, in das Gesetz den Passus einzufügen: „Unter das Gesetz fallen auch die nicht lediglich vorübergehenden, aus Gründen, die in der Person des Betroffenen liegen, erfolgten Ausweisungen, sowie die Untersagung der Rückkehr an ihren Wohnsitz oder Aufenthaltsort", sowie gegen Rießer und Waldstein, die sachlich das gleiche wollen, wendet sich Unterstaatssekretär Lewald und erklärt wiederholt, **daß die verbündeten Regierungen eine Einschränkung der Befugnisse der Truppenbefehlshaber auf dem Kriegsschauplatz nicht zugeben könnten** und das Gesetz an dieser Bestimmung scheitern werde. Auch Abg. Rebbel (kons.) wendet sich gegen den Versuch, das Kriegsnotrecht einzuengen.

Abg. Hauß (Elsäßer) betont, nicht die Militärbefehlshaber seien allein schuld, sondern auch gewisse Zivilbehörden in Elsaß-Lothringen. Den Kreisdirektoren habe der Krieg die erwünschte Gelegenheit gegeben, gegen ihre politischen Widersacher vorzugehen. Dazu käme der Autoritätsdünkel der Militärs. Bei einem Schutzhaftprozeß habe der Gouverneur von Straßburg durch seine Adjutanten dem Reichsmilitärgericht sagen lassen: „Seit einige von ihm Ausgewiesene auf Grund eines Erkenntnisses des Reichsmilitärgerichts nach Straßburg zurückgekehrt seien, sehe man Leute mit freudigen Gesichtern herumgehen, die früher niedergeschlagen waren. Sie freuten sich offenbar über die Einschränkung seiner Autorität durch das Reichsmilitärgericht." — Abg. Landsberg (Soz.) meint, wenn die Regierung die Novelle aus den vom dem Unterstaatssekretär Lewald angeführten Gründen scheitern lassen wolle, so sei das bedauerlich, aber ohne ausreichende Einschränkung der militärischen Befehlshaber sei die Novelle ohnehin wertlos. Abg. Herzfeld (U. Soz.) tritt dafür ein, daß auch Angehörigen neutraler und verbündeter Staaten der Rechtsschutz des Gesetzes zuteil werde. Die Abstimmung über den Artikel 1 wird ausgesetzt.

Bei der Beratung der die Entschädigungspflicht regelnden Bestimmungen erklärt Landsberg: Der in Schutzhaft Genommene oder Ausgewiesene ist ein Opfer des Krieges, bei dessen Entschädigung wie bei der Enteignung vorzugehen ist, denn auch er wird seiner Arbeitskraft und Freiheit enteignet. Deshalb ist allen Häftlingen und Ausgewiesenen, und zwar vom 28. Juni 1914 ab Entschädigung zu zahlen, gleichgültig, ob die Maßregel berechtigt war oder nicht. Er führt den Fall eines Deutschen aus Rußland an, der unter vielen Mühen und Gefahren nach Deutschland gelangte und sich hier dem stellvertretenden Generalstab zur Verfügung stellte, um sofort in Schutzhaft genommen und 16 Monate darin behalten zu werden.

Die Abgg. Haegy (Els.), Herzfeld und Waldstein stellen sich hinsichtlich der Entschädigungsfrage auf denselben Standpunkt wie Landsberg, während Unterstaatssekretär Lewald nicht in Aussicht stellen kann, daß die Regierung die Entschädigungspflicht annehmen wird. Auch hierüber wird am Sonnabend abgestimmt.

Für schleunige Besserstellung der Kriegsbeschädigten und Hinterbliebenen.

Beschluß des Reichstagsausschusses.

Der Militärausschuß verabschiedete am Freitag nach kurzer Aussprache diesen Gesetzentwurf, wobei von seiten der Regierung erklärt wurde, daß die Kapitalabfindung den Witwen bei Wiederverheiratung jetzt schon möglich ist. Das Kapitalabfindungsgesetz wird nunmehr auch auf die Teilnehmer von früheren Kriegen ausgedehnt. — Von allen Seiten wurde bei dieser Gelegenheit gefordert, daß die neuen Versorgungsgesetze dem Reichstag bei seinem Wiederzusammentritt vorgelegt werden möchten. — Dieser Wunsch kam in der einstimmigen Annahme einer **sozialdemokratischen Resolution** zum Ausdruck, die lautet:

1. Dem Reichstag noch im Laufe dieses Jahres einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch den eine allgemeine Revision des Mannschaftsversorgungs- und Hinterbliebenengesetzes, durch die insbesondere die Bezüge der Kriegsbeschädigten und der Kriegshinterbliebenen sowie der Rechtsweg in Frage kommen, herbeigeführt wird.

2. Daß bis zur gesetzlichen Neuregelung zu den bisherigen Bezügen für Kriegsbeschädigte und Hinterbliebene Zuschläge von 100 Prozent der Rente festgesetzt werden.

Das Gesetz gegen Unfruchtbarmachung und Schwangerschaftsunterbrechung.

Um eine Lücke, die die beiden großen bevölkerungspolitischen Gesetzentwürfe zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten und gegen die Verhinderung von Geburten noch gelassen hatten, auszufüllen, hat das Reichsamt des Innern ein drittes Gesetz entworfen, das am 4. Juli die Billigung des Bundesrates gefunden hat. Die hauptsächlichsten Bestimmungen des neuen Gesetzentwurfes lauten so:

Eingriffe oder Verfahren zum Zwecke der Beseitigung der Zeugungs- oder Gebärfähigkeit eines anderen oder der Tötung der Frucht einer Schwangeren sind nur zur Abwendung einer schweren, anders nicht zu beseitigenden Gefahr für Leib oder Leben der behandelten Person zulässig und nur einem staatlich anerkannten (approbierten) Arzte erlaubt.

Der Arzt hat die in Satz 1 bezeichneten Eingriffe oder Verfahren unverzüglich nach ihrer Vornahme dem zuständigen beamteten Arzte schriftlich anzuzeigen. Die Anzeige muß Vor- und Zuname, Wohnort und Wohnung der behandelten Person sowie Tag und Grund des Eingriffes oder Verfahrens enthalten. Bei Erkrankungen ist Grad und Verlauf der Krankheit anzugeben.

Lodz.

29]

Das gelobte Land.

Roman von W. St. Reymont.

„Irgend etwas bloß auf gemeinsames Konto einkaufen, um jenen blauen Dunst vorzugmachen, und so viel wie möglich auf eigenes Konto," das war die Idee, die seit dem Morgen ihm das Gehirn marterte. Er warf Ziffernreihen auf die Marmorplatte des Tisches hin, addierte, strich alles wieder durch, wischte es ab und schrieb es noch einmal von Anfang, unermüdlich, ohne auf das, was um ihn her vorging, zu achten.

Hände wurden ihm entgegengestreckt, über die Köpfe der daneben Sitzenden hinweg; er schüttelte sie, ohne zu ahnen, wer es war.

„Morgen!" warf er zur Begrüßung und zum Abschied denen hin, die er bemerkte, und versank in die unmöglichsten Kombinationen, fand aber keinen Ausweg und wußte nicht, wo er Geld auftreiben sollte.

Sein Kredit war erschöpft und von der Agentur in Anspruch genommen. Wechsel konnte er auch nicht mehr ausstellen, ohne ein gutes, solides Giro.

„Wem soll man ein Giro abknöpfen?" Jetzt peinigte das sein Gehirn.

Eine Kuckucksuhr rief eins.

Langsam flutete es aus der Konditorei heraus auf die Straße, zur Promenade.

Moritz saß immer noch da. Plötzlich blitzten ihm die Augen auf, er fuhr sich mit den Fingern durch den prachtvollen Samtbart, klemmte den Kneifer auf der Nase fest und begann schnell mit den Augen zu zwinkern.

Der alte Grünspan kam ihm in den Sinn, der Bruder seiner Mutter, Inhaber einer großen Wolltücherfabrik, unter der Firma: ‚Grünspan u. Landsberg'.

Er beschloß, zu ihm hinzugehen und ihm, wenn's ging, ein Giro abzuknöpfen, wenn nicht, ihn in ein Kompagniegeschäft mit reinzuziehen.

Der Freudenrausch über die Entdeckung währte nicht lange, weil er sich plötzlich erinnerte, daß Grünspan schon zweimal seinen eigenen Bruder ruiniert und schon ein paarmal akkordiert hatte. Mit so einem Geschäfte zu machen war nicht ganz sicher.

„Pleitemacher, Betrüger, der!" brummte er aufgeregt, und fühlte, daß er ihm sein Giro nicht würde abknöpfen können, beschloß aber, trotzdem hinzugehen.

Er schaute in der Konditorei herum, in dem engen, dunklen, langen Raum, der schon fast ganz leer war. Nur am Fenster saßen ein paar junge Leute, in riesige Tagesblätter vertieft.

„Herr Rubinroth!" rief er zu einem jungen Burschen, der, in der einen Hand ein Glas Wasser, in der anderen einen Kuchen, unter dem Spiegel saß, über eine ausgebreitete Zeitung gebeugt.

„Ich stehe zu Diensten," schrie jener und sprang auf.

„Is' was da?"

„Nein, nichts."

„Ich hätte es in der Früh wissen sollen."

„Es war nichts da, und deshalb habe ich Sie nicht benachrichtigt, ich dachte . . ."

„Zu gehorchen haben Sie, und nicht zu denken, das gehört nicht zu Ihrer Tätigkeit. Ein für allemal habe ich Ihnen gesagt, daß ich jeden Tag nach meiner Wohnung Nachrichten verlange. Ob was da ist oder nicht, geht Sie nichts an; Ihre Pflicht ist, es mir mitzuteilen. Dafür zahl' ich Ihnen. Zum Zeitungslesen und zu Ihrem Kuchen wären Sie immer noch früh genug gekommen."

Rubinroth begann sich eifrig zu entschuldigen.

„Schreien Sie nicht, hier ist keine Synagoge! warf er seinem Kontorangestellten schroff hin, drehte ihm den Rücken und lief schnell auf die Straße hinaus.

Die Sonne brannte immer heißer.

Die Arbeitermassen waren verschwunden, andere Massen füllten jetzt die Bürgersteige. Eine elegant gekleidete Menge, Damen in modernen Hüten und kostbaren Umhängen, Herren in schwarzen Mänteln, Juden in langen, dreckigen Röcken, Jüdinnen — alles schöne Frauen — in Samt, mit dem sie die Straßen fegten. Getöse füllte die Straße, lachend drängte man sich vor und schlenderte die Straße aufwärts, bis zum Przejazd oder Nawrot und zurück.

An der Ecke der Dzielnastraße stand eine Gruppe junger Kontoristen und musterte die vorbeiflutende Frauenmenge. Laut machten sie Bemerkungen und zogen noch weniger höfliche als dumme Vergleiche. Jeden Augenblick ertönte lautes Gelächter über die gewöhnlichen Witze Leo Kohns, der selbst am meisten über sie lachte.

„Moritz, komm her zu uns!" rief Leo, als er den herannahenden Moritz erblickte.

„Laß mich, ich mag Narren auf der Straße nicht," erwiderte er mürrisch, ging vorbei und verschwand in der Menge, die gegen den Neuen Markt flutete. Hinter dem Markt wimmelte es von Juden und Arbeitern, die zur Altstadt eilten.

An dieser Stelle verändert die Piotrkower Straße zum dritten Male ihr Aussehen und ihren Charakter. Von dem Geyermarkt bis zum Nawrot ist sie Fabrikstraße; vom Nawrot bis zum Neuen Markt — Handelsstraße, und vom Neuen Markt abwärts bis zur Altstadt jüdische Tandelstraße.

Der Straßenkot war hier schwärzer und schlüpfriger, die Bürgersteige vor jedem Haus ganz anders, einmal breit und aus Steinen, dann enge, ausgetretene Betonstreifen, manchmal waren es bloß kleine, schmutzige Pflastersteine, die in die Sohlen stachen.

In den Rinnsteinen flossen die Abwässer aus den Fabriken und schlängelten sich wie fahlgelbe, rote und blaue Bänder. Aus einzelnen Häusern und Fabriken war der Zustrom so mächtig, daß das Wasser aus dem Rinnstein austrat, den Bürgersteig mit farbigen Fluten übergoß und bis zu den ausgetretenen Schwellen der unzähligen kleinen Läden floß, aus deren schwarzem, kotigem Innern Schmutz und Fäulnis, Geruch von Heringen, von faulendem Gemüse oder Fusel hervorquoll.

Wie Gespenster standen in scheußlichen Reihen alte, abgebröckelte, schmutzige Häuser, mit abgefallener Tünche oder aus rohen Ziegelsteinen, klaffend wie blutige Wunden, aus Holz oder aus rohem einfachen Mauerwerk, das überall platzte und Türen und Fenster überschüttete, mit schiefen Fensterrahmen, krumm, ausgedorrt und dreckig. Dazwischen drängten sich neue, dreistöckige Kolosse, mit unzähligen provisorischen Fenstern, noch nicht übertüncht und ohne Balkons, und doch schon von Menschen wimmelnd und vom Gepolter der Webereiwerkstätten erfüllt, die selbst am Sonntag arbeiteten, widerhallend vom brausenden Gerassel der Maschinen, die Schundware für den Export anfertigten, und vom durchdringlichen Gekreisch der Spinnräder.

Vor dieser endlosen Häuserreihe, die mit ihren roten, düsteren Mauern über das Meer der absterbenden Ruinen und des Krämerlebens emporragte, lagen ganze Haufen Ziegel und Holz und engten die schmale Gasse noch mehr ein, die schon vollgestopft war mit Wagen, Pferden, Waren, mit Getümmel und Lärm, den Ausrufen der Händler und den tausend Stimmen der Arbeitermassen, die in Mengen zur Altstadt flutete, mitten auf der Straße oder neben dem Bürgersteig. Die bunten Schals, die sie um den Hals gewickelt trugen, erhellten ein wenig den grauschmutzigen Ton der ganzen Straße.

(Forts. folgt.)

Wer als zuständiger beamteter Arzt anzusehen ist, bestimmt die oberste Landesbehörde.

Wer vorsätzlich die Zeugungs- oder Gebärfähigkeit eines anderen mit dessen Einwilligung beseitigt, ohne nach Satz 1 hierzu befugt zu sein, wird mit Zuchthaus bis zu drei Jahren, bei mildernden Umständen mit Gefängnis nicht unter einem Monat bestraft.

Wer vorsätzlich seine Zeugungs- oder Gebärfähigkeit durch einen anderen beseitigen läßt, ohne nach Satz 1 hierzu befugt zu sein, wird mit Gefängnis bestraft.

Der Versuch ist strafbar.

Wer die im Satz 2 vorgeschriebene Anzeige unterläßt oder nicht rechtzeitig erstattet oder vorsätzlich unrichtige oder unvollständige Angaben macht, wird mit Geldstrafe bis zu 3000 M. oder mit Gefängnis bis zu 6 Monaten oder mit Haft bestraft.

Groß-Berlin

Die Berliner Kartoffelnot.

Die Herabsetzung der wöchentlichen Kartoffelration auf — sage und schreibe — ein Pfund wird heute durch eine Mitteilung des Berliner Magistrats offiziell bestätigt. Dieses beschämende Ereignis durfte eintreten angesichts einer Kartoffelernte, die von vielen Sachverständigen als „glänzend", von den strengsten Beurteilern zum mindesten als „überdurchschnittlich" bezeichnet worden ist. Dieses Ereignis durfte eintreten, obgleich vor nicht zu langer Zeit an maßgebender Stelle noch eine Erhöhung der Kartoffelration ernsthaft diskutiert wurde. Denn allenthalben im deutschen Vaterlande sind Kartoffeln in Fülle vorhanden, nur nach Berlin, dem gottverdammten, kommt seit bereits vierzehn Tagen nichts von dem Ueberfluß hinein.

Wir werden nun, wie es in solchen Fällen bisher immer geschah, wahrscheinlich das erbauliche Schauspiel erleben, daß die verantwortlichen Stellen sich gegenseitig die Schuld an dem skandalösen Zustande in die Schuhe zu schieben suchen. Aber ob der agrarische Nährstand oder das Kriegsernährungsamt oder sonstwer der schuldige Teil ist, ob einer mangelhaften Organisation oder einer unfähigen Bureaukratie die Verantwortung zufällt — die Ungeheuerlichkeit bleibt bestehen, daß man es wirklich und wahrhaftig fertig gebracht hat, trotz einer vorzüglichen Ernte und trotz reichlich vorhandener Vorräte die deutsche Reichshauptstadt in kritischer Zeit ohne das ihr am dringendsten nötige Nahrungsmittel zu lassen! Ein historisches Faktum, das die zukünftigen Geschichtschreiber der „großen Zeit" jedenfalls zutreffender würdigen werden, als es uns gegenwärtig gestattet ist.

Berliner Lebensmittel.

Der Magistrat teilt mit: Da in der kommenden Woche noch nicht mit Sicherheit auf den Eingang genügender Mengen Frühkartoffeln gerechnet werden kann, werden für die Woche vom 8. bis 14. Juli Kartoffeln nur in Menge von einem Pfund, daneben aber zum Ersatz für die fortfallenden Kartoffeln 600 Gramm Hülsenfrüchte auf den Kopf der Bevölkerung zur Verteilung gebracht. Die Ausgabe der Hülsenfrüchte erfolgt vom 9. Juli an.

Für die am 8. Juli beginnende Fleischkartenperiode können die Fleischkarten in Berlin in der Zeit vom 8. bis 10. Juli bei den zuständigen Brotkommissionen gegen Bezugscheine auf Graupen oder Teigwaren umgetauscht werden. Auf eine Vollkarte werden wöchentlich 250 Gramm, auf eine Kinderkarte 125 Gramm dieser Nahrungsmittel ausgegeben. Der Warenbezug erfolgt wie bisher aus den bekannten, besonders kenntlich gemachten Geschäften. Zum Umtausch berechtigt sind diejenigen, die sich auf Grund der Bekanntmachung des Magistrats vom 12. September v. J. bei ihrer Brotkommission zur Eintragung in die Liste gemeldet haben oder nachträglich von der Abteilung für Fleischversorgung zum Umtausch zugelassen worden sind. Wer die Anmeldung seinerzeit ohne sein Verschulden (z. B. infolge Krankheit oder Abwesenheit) versäumt hat, kann den Umtausch ebenfalls in der Zeit vom 8. bis 10. Juli von 8 bis 1 Uhr im Bureau für Fleischversorgung, Neue Friedrichstr. 1, Zimmer 7, bewirken.

Das Schicksal eines Kohlenkunden.

Die von der Kohlenstelle Groß-Berlin angeordnete Ueberweisung vieler Kohlenkunden an andere Händler als die von ihnen selber gewählten hat den betreffenden Kunden mitunter recht große Unbequemlichkeiten gebracht. Einem auf dem Wedding in der Malplaquestraße wohnenden Arbeiter, dessen Frau bei ihren Versuchen, in die Kundenliste eines Händlers zu gelangen, zunächst kein Glück hatte, ist es hinterher mit einer Zwangszuweisung besonders schlimm ergangen. Um sich alle weiteren Schwierigkeiten zu ersparen, wandte er sich an einen Kohlenhändler, der zwar in der von ihm sehr fernen Schönhauser Vorstadt wohnt, aber sein Schwager ist. Der nahm ihn bereitwillig in seine Liste auf und sagte ihm auch bezüglich des Transports ein weitgehendes Entgegenkommen zu, so daß der unglückliche Kunde seine Belieferung mit Kohlen für gesichert hielt und aller Sorge überhoben zu sein glaubte. Nun fand aber die Kohlenstelle, daß dieser Händler mehr Kunden in seine Liste eingetragen hätte, als er würde beliefern können. Weil er ihr über seine Leistungsfähigkeit hinaus belastet schien, nahm sie ihm Kunden ab und wies sie anderen Händlern zu, darunter auch den Schwager aus der Malplaquestraße. Hätte sie diesen an einen dortigen Händler abgeschoben, so wäre ihm das vielleicht nicht unlieb gewesen, weil dann die Heranschaffung seiner Kohlen ihm nicht viel Mühe gemacht hätte. Aber die Kohlenstelle, die von seinen verwandtschaftlichen Beziehungen nichts wußte, überwies ihn an einen anderen Händler der Schönhauser Vorstadt. Der unangenehm überraschte Kohlenkunde hatte es jetzt mit einem ihm ganz fremden Händler zu tun, der ziemlich vier Kilometer von ihm entfernt wohnt und zu Fuß in etwa einer Wegstunde zu erreichen ist. Mit Schrecken dachte er daran, auf welches Entgegenkommen er unter solchen Umständen bei jenem Händler zu rechnen hätte und wie da der Transport seiner Kohlen bewerkstelligt werden sollte. Der Zwangskunde richtete an die Kohlenstelle die Bitte, ihn bei dem von ihm gewählten Händler zu belassen, und gab unter Hinweis auf die verwandtschaftlichen Beziehungen an, weshalb er gerade dort sich hatte eintragen lassen. Nach sehr langem Warten erhielt er auf die in der zweiten Hälfte des Mai abgesandten Eingabe endlich Anfang Juli einen Bescheid, der kurz und bündig erklärte: „Dem Ihrerseits gestellten Antrag auf Umschreibung Ihrer Eintragung in die Kundenliste eines anderen Händlers kann trotz Berücksichtigung aller Umstände nicht entsprochen werden." War es wirklich unbedingt nötig, den Mann abzuweisen? Er hatte sich doch nicht aus Uebermut einen so fern wohnenden Händler ausgesucht, sondern notgedrungen und aus ganz bestimmten Gründen. Sie fielen weg, nachdem die Kohlenstelle ihn dort gestrichen hatte. Warum aber dann nicht Eintragung in die Liste eines ihm nahe wohnenden Händlers verfügt wurde, vermag er nicht einzusehen. Unseres Erachtens hat er geradezu ein Recht auf Ueberweisung an einen Händler seines Stadtteiles, und er sollte in einer neuen Eingabe das fordern. In dem Schreiben, das seine Zwangszuweisung an jenen fremden Händler ihm meldete, stand zu lesen, bei dem von ihm gewählten Händler scheine seine Versorgung gefährdet. Ihm muß das wie Hohn klingen, denn gerade die über ihn verhängte Zwangszuweisung erfüllt ihn mit banger Sorge, daß sie für ihn die Kohlenbelieferung nicht günstiger gestalten wird.

Die Grippe.

Gestern wurden in Groß-Berlin mehrere Schulen und Seminare vorzeitig geschlossen. Die Lehrpersonen und Schüler fehlten zum größten Teil, so daß ein geregelter Schulbetrieb nicht aufrecht zu erhalten war. Bei der Berliner Feuerwehr ist der Krankenbestand ganz erheblich in die Höhe geschnellt. Wer hohe Temperatur bei den Messungen auf den Wachen zeigte, konnte sich nach Haus begeben. Bei den städtischen Sparkassen ist der Betrieb nur mit Aufbietung aller Hilfskräfte aufrecht zu erhalten. Im Betriebe der Post, Eisenbahnen und anderen Verkehrsinstituten fehlten gestern Tausende von Beamten, Angestellten und Arbeitern. Die Zahl der Krankenmeldungen bei den 230 Orts- und Betriebskrankenkassen steigt täglich. Bisher wurden nach den vorliegenden Meldungen bereits mehr als 80 000 Erkrankte ermittelt, wovon der größere Teil auf die 28 Ortskrankenkassen entfiel. Auffallend groß ist die Zahl der erkrankten weiblichen Personen in Fabriken und Bureaus, in den Warenhäusern und Haushaltungen. Aus Aerztekreisen wird uns übereinstimmend mitgeteilt, daß die Epidemie bis jetzt zu ernsten Befürchtungen keinen Anlaß bietet. Wenn die Kranken die Anordnungen und Ratschläge genau befolgen, soll die Dauer wesentlich abgekürzt werden können, indem dann keine Komplikationen und Nachwirkungen zu befürchten sind. Bedenklich ist es, jetzt eine längere Reise zu unternehmen. Es werden uns mehrere Fälle gemeldet, in denen Kinder und Erwachsene plötzlich während der Fahrt unter hohen Fiebererscheinungen, Schwindelanfällen, Herzaffektionen, Kopf- und anderen Schmerzen erkrankten und infolgedessen die Reise nicht fortsetzen konnten, was heute natürlich besonders unangenehm ist. Die Krankenanstalten sind gezwungen, diese Kranken zurückzuweisen und ambulatorisch zu behandeln. Ueber so viel Betten, wie sich jetzt erkrankte Personen täglich melden, verfügen die Krankenhäuser natürlich nicht. Schwerkranke werden indes, wie zu anderen Zeiten, stets aufgenommen.

Turnverein „Fichte" Berlin. Anläßlich des 25jährigen Bestehens des Arbeiterturnerbundes finden auf dem „Fichte"-Sportplatz Treptow, Cöpenicker Landstraße, am Sonntag, den 7. Juli, sportliche Wettkämpfe statt. Freiübungen, Dreikampf, Sonderwettkämpfe in Speer- und Diskuswerfen, Stafettenläufe und Spiele wechseln einander ab. Auf dem vorderen Platz findet ein Schüler- und Schülerinnenschauturnen statt. Beginn 2½ Uhr nachmittags.

Erschossen wurde der Zuchthäusler Friedrich, ein 80jähriger Schweizer aus Zerbst, der sich hier in Berlin aufhielt und die Mark mit anderen Verbrechern heimsuchte. F. wurde bei Wildau von einem Soldaten erwischt, als er dort dem 8. Garde-Regiment aus dessen Herde Schafe stehlen wollte. F. widersetzte sich und versuchte den Soldaten zu erwürgen. Als ein Genosse des F. diesem zu Hilfe kam, zog der Soldat einen Revolver. Der erste Schuß traf den F. ins Bein und der zweite ging in den Bauch und war tödlich. Der zweite Spitzbube ist entkommen, soll aber inzwischen in Berlin erwischt worden sein.

Spandau. Die Wohnungsnot. In der letzten Stadtverordnetenversammlung kam es vor Eintritt in die Tagesordnung zu einer längeren Debatte über einen Protest der Spandauer Fischwarenhändler wegen zu schlechter Belieferung seitens der Stadt seit Errichtung der städtischen Fischhalle. Die Fischhändler behaupteten, daß einzelne Großgeschäfte 60—80 M. in der Woche zugesetzt hätten. Stadtv. Mathias (lib.), der Vorsteher der städtischen Fischhalle, weist auf Grund amtlicher Zahlen nach, daß im letzten Monat, trotz sehr schlechter Belieferung, die Unterzeichner der Beschwerdeschrift 896, 806 und 577 M. Reinverdienst erzielt haben. Es könne daher von einem Ruin der Fischhändler nicht gesprochen werden. — Die Beschwerde wurde nach einstündiger Debatte fast einstimmig abgelehnt. — Nach Erledigung einiger weiterer Vorlagen beschloß die Stadtverordnetenversammlung, die regelmäßigen Ergänzungswahlen auf ein weiteres Jahr zu verschieben. — Bei der Vorlage des Magistrats um Bewilligung von 1 692 000 Mark zum Bau von 106 Wohnungen in 22 zerlegbaren Holzbaracken an der Gatower Straße kam es zu einer Debatte über die Wohnungsnot. Genosse Stahl erklärte namens seiner Fraktion, daß sie der Vorlage zustimmen würde, obwohl er diese Wohnbaracken zu dauerndem Wohnen nicht für geeignet halte. Leider sei die Stadtverwaltung viel zu spät an die Abstellung des Wohnungsmangels herangetreten. Schon vor Jahren, als der starke Zuzug nach den Staatsbetrieben einsetzte, hätte die Stadtverwaltung eingreifen müssen. Die Mietsteigerungen seit Beginn des Krieges nehmen kein Ende und nichts werde seitens der Stadtverwaltung dagegen getan. Täglich erschienen Annoncen in den Spandauer Zeitungen, in denen 50, 75 und 100 M. Belohnung demjenigen angeboten würden, der eine Ein- oder Zweizimmerwohnung nachweise. Dabei sei vorgekommen, daß Verwandte von Hausbesitzern bei Wohnungsvakanzen die Belohnungen einsteckten. Auch sei ihm ein Fall bekannt, wo ein Hausbesitzer zu der Mietsteigerung noch verlange, daß jeder Aftermieter an ihn, den Hausbesitzer, 3 M. pro Monat extra abliefern müßte. Derartige Auswüchse seien nur bei der schrecklichen Wohnungsnot möglich, ebenso das zurzeit herrschende Schlafstellenunwesen. Tausende bekommen kein Nachtlogis und müssen tage- und wochenlang suchen, um ein Unterkommen zu finden. Sehr zu verurteilen sei natürlich, daß sich ganz findige Wohnungsinhaber dazu verstanden, ihre Betten Tag und Nacht an verschiedene Personen, selbst verschiedenen Geschlechts, die abwechselnd Tag- und Nachtschicht haben, zu vermieten. Da hätte sofort scharf eingegriffen werden müssen. Die Wohnungsnot sei in Spandau weit größer wie in jeder anderen deutschen Stadt, deshalb sei die Magistratsvorlage nur ein Tropfen auf einen heißen Stein, die geplanten Baracken reichen jetzt bei weitem nicht aus, wie viel weniger nach dem Kriege. Schnellstens müsse an maßgebender Stelle gefordert werden, daß Baumaterial und Arbeitskräfte freigegeben werden, besonders, wenn man beobachte, wie die Militärverwaltung riesige Fabrikneubauten in modernster, stabilster Bauart ausführen läßt, wie wenn der Krieg sich ins Endlose ausdehnen solle. Redner forderte daher weitgehendste Bereitstellung staatlicher und städtischer Mittel zum Bau von Arbeiterwohnungen. Schnelle Hilfe sei notwendig, weil die Masseneinquartierungen von ganzen Familien in der alten Schule in der Birkenstraße mit ihrem Schmutz, Ungeziefer und das Fehlen jeder sanitären und hygienischen Einrichtung das Wohnen zu einer Qual machen, abgesehen von den sittlichen Gefahren. — Die Stadtvo. Groß, Mund (k.) und Rupke (lib.) betrachteten es als ihre Aufgabe, die angebliche Notlage der Hausbesitzer zu schildern. — Der Oberbürgermeister Kölze verwahrte sich gegen den Vorwurf, daß die Stadtverwaltung bisher nichts in der Wohnungsnot getan habe. — Die Stadtvo. Bartels und Fortenbacher (Kom.) stimmen im wesentlichen den Ausführungen unseres Genossen zu und teilt letzterer einen Fall mit, wo ein Hausbesitzer, der erst im vorigen Jahre eine erhebliche Steigerung seiner Mieter vorgenommen, jetzt wieder für eine Zweizimmerwohnung eine solche von 11 M. pro Monat vornehme. — Der Referent, Stadtv. Steil (lib.), teilte mit, daß die Holzwohnungen nur für die heimkehrenden Krieger reserviert werden sollen. Genosse Stahl antwortet auf die Angriffe der Hausbesitzer und fragt an, was denn für die Linderung der jetzigen Wohnungsnot getan werden solle, worauf Herr Steil erwiderte, daß dafür 600 000 M. flüssig gemacht worden seien, um massive Bauten zu errichten. — Die Vorlage des Magistrats wurde angenommen. — Eine weitere Vorlage, der Genossenschaft Eigenheim 90 000 Quadratmeter städtisches Waldgelände an der verlegten Neuendorfer Straße, anschließend an das Gelände der Waldsiedlung, zum Preise von 2,50 M. pro Quadratmeter zu überlassen, wird, nachdem die vom Genossen Pieck beantragte öffentliche Beratung abgelehnt war, der nächste Woche stattfindenden geheimen Sitzung überwiesen.

Neukölln. Lebensmittel. Ende nächster Woche gelangen in den Kolonialwarengeschäften voraussichtlich zum Verkauf: 200 Gramm Haferfabrikate oder Gerstenmehl oder Nudeln auf Abschnitt 40 der allgemeinen Lebensmittelkarte, 200 Gramm lose Suppen oder Morgenkrank oder Suppenwürfel auf Abschnitt 41, 200 Gramm Graupen auf Abschnitt 42 und 100 Gramm Graupen auf Abschnitt 44. — Soweit die auf die Kartoffelkartenabschnitte 27 a bis g entfallenden 700 Gramm Hülsenfrüchte noch nicht geliefert sind, werden dieselben in den nächsten Tagen verkauft. In der nächsten Woche werden pro Kopf 3 Pfund Kartoffeln und als Ersatz für die ausfallenden 4 Pfund Kartoffeln 400 Gramm Graupen bzw. Grütze abgegeben werden. — Der Verkauf von 1000 Gramm Kindergerstenmehl und 1 Büchse Malzextrakt auf die Vollmilchkarten A I und II wird heute geschlossen. — Bis einschließlich den 14 darf auf Abschnitt 49 der Eierkarte ein Ei entnommen werden. — In den städtischen Fischhallen und Räucherwarengeschäften werden Marinaden (norwegische Fischkonserven) markenfrei abgegeben.

Wilmersdorf. Lebensmittel. Von heute bis einschließlich den 13. wird auf Abschnitt 35 der allgemeinen Lebensmittelkarte ein halbes Pfund Kunsthonig zum Pfundpreise von 75 bzw. 73 Pf. abgegeben. — Auf Abschnitt 41 und 42 der allgemeinen Lebensmittelkarte kommen in den Tagen vom 6. bis einschließlich 13. zusammen 500 Gramm Gerstengraupen oder Grütze zum Pfundpreise von 36 Pf. zum Verkauf. — Auf Grund besonderer Bezugscheine werden in Wilmersdorf ausgegeben: vom 18. bis einschließlich 24. eine Dose kondensierte Vollmilch zum Preise von 1,25 M. für alle in der Zeit vom 1. Juli 1901 bis 30. Juni 1913 Geborenen. Die Aushändigung der Bezugscheine erfolgt in der Zeit vom 15. bis einschließlich 18. Juli durch die Brotkommissionen straßenweise auf Grund der bekannten Ausgabeordnung. Personen im Alter von 68 Jahren und darüber (geb. am 15. Juli 1850 oder früher) wird eine Dose kondensierte Magermilch gewährt. Die Aushändigung dieser Bezugscheine erfolgt vom 8. bis 12. im Lebensmittelamt, Wilhelmsaue 114/115, Eingang I. — Den 9., 10., 11. und 12. Juli gelangen durch die Brotkommissionen für Kinder bis zu 6 Jahren (geb. am 1. Juli 1912 oder später) Vollmilchkarten (für August) und Nährmittelbezugscheine (Juli) für Kinder bis zu 2 Jahren (geb. am 1. Juli 1916 oder später) zur Ausgabe. An diesen Tagen haben sich die beteiligten Haushaltungsvorstände gemäß der besonderen Ausgabeordnung zwischen 9 und 2 Uhr in den Geschäftsräumen der für sie zuständigen Brotkommissionen einzufinden und gegen Vorlegung geeigneter Urkunden die Milchkarten in Empfang zu nehmen. — Die Ausgabe der auf Grund ärztlichen Zeugnisses bewilligten Vollmilchkarten für August an Kranke und Genesende erfolgt durch die Abteilung für Krankenernährung, Wilhelmsaue 114/115, in den Tagen vom 8. bis 12. Juli, zwischen 8½ und 2 Uhr, nach besonderer Ausgabeordnung.

Pankow. Lebensmittel. Vom 5. Juli ab gelangt gegen Abtrennung des Bezugs- und Quittungsabschnittes 15 und 16 von der Lebensmittelkarte für Jugendliche Gerstenmehl zum Verkauf. Auf den Bezugs- und Quittungsabschnitt 15 der Lebensmittelkarte für Jugendliche entfallen 150 Gramm, auf den Bezugs- und Quittungsabschnitt 16 der Lebensmittelkarte entfallen 100 Gramm, also zusammen auf beide Abschnitte 250 Gramm. Der Preis beträgt für 250 Gramm 88 Pf. — Vom 5. Juli ab gelangen in den bekannten Geschäften gegen Abtrennung des Bezugs- und Quittungsabschnittes 40 von der gemeinsamen Lebensmittelkarte 200 Gramm Teigwaren (Wasserware) zum Verkauf. Die Militärurlauber erhalten die Ware nur gegen Vorlegung des Urlaubspasses und gegen Abtrennung des Bezugsabschnittes 2 von der Lebensmittelkarte für Militärurlauber, der 27. Woche. Der Preis beträgt für 500 Gramm 60 Pf., für 200 Gramm 24 Pf. — Vom 5. Juli ab kann in den bekannten Geschäften gegen Abtrennung des Bezugs- und Quittungsabschnittes 117 der Pankower Lebensmittelkarte ein Ei entnommen werden. Die Militärurlauber erhalten die Ware nur gegen Vorlegung des Urlaubspasses und gegen Abtrennung des Bezugsabschnittes 1 von der Lebensmittelkarte für Militärurlauber der 27. Woche. Der Preis beträgt 38 Pf. für das Stück.

Reinickendorf. Lebensmittel. Auf Abschnitt 157 der Lebensmittelkarte der Gemeinde werden 250 Gramm Dörrgemüse zum Preise von 1,35 Mk. und auf Abschnitt 158 derselben Karte 1 Dose Blutkonserven zum Preise von 2,75 M. abgegeben. Die Anmeldung bei den Kleinhändlern und den amtlichen Verkaufsstellen hat bis einschließlich 8. zu erfolgen. — Als Ersatz für die im Laufe dieser Woche nicht gelieferten Kartoffeln werden Nährmittel verabfolgt. Es entfallen auf die Abschnitte a bis g zusammenhängend 550 Gramm Ersatzmittel (Haferflocken, Teigwaren, Hülsenfrüchte usw.). Mitteilungen über die Preise ergehen noch.

Der Teltower Kreistag trat zu einer Sitzung zusammen, auf deren Tagesordnung eine Reihe kriegswirtschaftlicher Vorlagen stand. Ein von den Kreistagsabgeordneten Bürgermeistern Dr. Beyendorff, Dr. Köster, Holle, Walger, Brohm, Sperle und Schöffe Lange eingebrachter Antrag ersuchte den Kreisausschuß, „gegebenenfalls zuständigerorts dahin vorstellig zu werden, daß die öffentliche Bewirtschaftung der zur Lebenshaltung dienenden Gegenstände, ferner auch Eingriffe in das Eigentum, in die Vertragsfreiheit und in sonstige verfassungsmäßig gewährleistete Persönlichkeitsrechte auf das im vaterländischen Interesse unbedingt erforderliche Maß beschränkt bleiben und, wo sie unerläßlich sind, nur gegen volle Entschädigung vorgenommen werden". Der Antrag wurde einstimmig angenommen. — Ferner beschloß der Kreistag, die Gewährung von Kriegsteuerungszulagen an die Kreisbeamten und Angestellten entsprechend dem Vorgehen des Staates und mit Wirkung vom 1. April ab neu zu regeln. Die Teuerungszuschläge werden durchweg erhöht. Zugunsten der im Heeresdienst stehenden Beamten wurde beschlossen, eine höhere Teuerungszulage dann zu gewähren, wenn sich eine solche bei der Berechnung nach den staatlichen Bestimmungen ergibt. Auch den Empfängern von Ruhegehalt und Ruhelohn sowie von Witwen- und Waisengeld sollen nach den für Staatsbeamte geltenden Bestimmungen Kriegsteuerungszulagen gewährt werden. Der Kreistag beschloß, entsprechend einem Antrag des Kriegsausschusses einen weiteren Kredit von 30 Millionen M. für Familienunterstützungen zur Verfügung zu stellen. — Die Abgabe des Kreises und der selbständig vertretenen Gemeinden Köpenick, Friedenau, Lichterfelde und Steglitz an den Verband Groß-Berlin, die für 1918 zusammen 46 286 M. beträgt, soll wie bisher aus den Zuwachssteueranteilen des Kreises gedeckt werden. Zu Ersatzmännern in der Verbandsversammlung Groß-Berlin wurden Gemeindevorsteher Busch-Johannisthal und Direktor Brähmer (Spandauer Berg), zum Mitglied des Kreisausschusses Bürgermeister Wiesener-Tempelhof und zum Provinziallandtagsabgeordneten Bürgermeister Schablow-Treptow gewählt.

Jugendveranstaltungen.

Arbeiterjugend Schöneberg. Sonntag: Spielabend. Anfang 7 Uhr. Mittwoch: Mitgliederversammlung. Anfang 8½ Uhr. Mitglieder werden auf jeder Veranstaltung aufgenommen.

Arbeiterjugend Moabit. Morgen, Sonntag, Wanderung nach Potsdam. Besuch der historischen Ställen. Treffpunkt ½7 Uhr Stromstraße, Ecke Turmstraße (Dresdner Bank). Führer Genosse Gassen. Fahrgeld zirka 1 M.

Briefkasten der Redaktion.

Waisenkind 25. Das Kind würde nur Waisenrente bekommen, wenn der Vater verstorben wäre. — **M. M. 100.** 1. Ja. 2. An das Vormundschaftsgericht in Neukölln. Die Begründung, daß der Vormund an einem anderen Orte wohnt als das Mündel, genügt. 3. Ihr Ehemann kann als Vormund in Vorschlag gebracht werden. — **M. R. 1618.** 1. Nein, das soll der Ehemann selbst tun. 2. Die geringe Steigerung werden Sie annehmen müssen. — **E. B. 17.** Nein. — **Bummelei.** Wenn die dortigen Behörden auf Ihre Mahnungen nicht antworten, dann wenden Sie sich an das kgl. Kriegsministerium, Versorgungsabteilung, Berlin, Budapester Str. 14.

Wetteraussichten für das mittlere Norddeutschland bis Sonntag mittag. Mäßig warm, zeitweise heiter, jedoch überwiegend bewölkt, im Binnenlande meist geringe, an der Küste etwas stärkere Regenfälle.

Deutsches Theater.
Mit Max Pallenberg
Sonnabend, Sonntag 8 Uhr:
Familie Schimek.

Kammerspiele.
Allabendlich 7¾ Uhr:
Inkognito. (Operette.)

Volksbühne, Th. a. Bülowpl.
Allabendlich 7½ Uhr:
General Yorck.

Theater des Westens
Allabendlich 7½ Uhr:
Leopoldine Konstantin in
Die Tänzerin.

Theater i. d. Königgrätzerstr.
8 Uhr: Die fünf Frankfurter.

Komödienhaus
8 Uhr: **Die Schwestern und der Fremde.**

BerlinerTheater
7½ U.: **Blitzblaues Blut.**

National-Theater
Cöpenicker Str. 68 (Jannowitzbrücke). — Täglich ¾8:
Noch nie dagewesener Lacherfolg:
Mäuschen.
Militärhumoreske in 3 Akten. Musik von Walter Bromme. Vorverk. 10 U. ununterbroch.

Trianon-Theater
Bhf. Friedrichstr. Ztr 4927, 2391
8 U. Zum 309. Male: **Der Lebensschüler.**
Kaiser-Titz, Bildt, Flink.
Heute nachm. ¼4 U. kl. Pr.: **Schneewittchen.**
Sonntag 4 Uhr: Gespenster.

Th. i. d. Frankfurter Allee 313.
Der Riesenerfolg des Thalia-Theaters über 500 Male!
Puppchen.
(Du bist mein Augenstern ...)
Ges.-P. i. 3 Akt. v. Jean Kren u. Kurt Kraatz. Mus.: Gilbert.
Anfang täglich 7½ Uhr.
Sonntag 4 Uhr: Bunte Bühne.

Berliner Prater-Theater
Kastanienallee 7—9.
Täglich 8 Uhr in vollständig neuer Bearbeitung:
Im Wolkenkratzer.
Große Possen-Revue in 5 Bildern.
Dazu die großart. Spezialitäten

Reichshallen-Theater.
Allabendlich 7½ Uhr:
Stettiner Sänger.
Reichshallen-Saal 7½ U.: Großes Blüthgen-Konzert.

Theater der Friedrichstadt.
Ecke Friedrich- u. Linienstr
Telephon: Norden 8650.
Täglich 7¾ Uhr:
Die erste Geige.
Sonnt. nachm. 3½ kleine Pr.: **Jugend.**

Admiralspalast.
Die Prinzessin von Tragant
Sajdah
Deutsche Tänze
7¾ Uhr. 2, 3, 4, 5, 6 M.

Rose-Theater.
7½ Uhr: Zum ersten Male:
Die Prinzessin vom Nil.
Gartenb.: Bitte recht freundlich!

SARRASANI
Zirkus-Busch-Gebäude.
Tägl. 7½, Sonntag 3 u. 7½
Massen-Manege-Schaustück
„Torpedo — los!" 9 Bilder.
Die gr. artistischen Einlagen wie Turmseilläufer, Bambuskünstler, Luftmenschen, Lanzenreiter.
Vorverkauf: Zirkuskasse und A. Wertheim.

Zahngebisse,
Platin, Gr. 7,60, Ketten, Ringe, Bestecke kauft
Frau Wagner,
Kaiserstr. 18 I (Alexanderplatz)

Spezialarzt
Dr. med. Laabs
beh. schnell, gründl., mögl. schmerzlos u. ohne Berufsstör. Geschlechtskrankheit., geheime Haut-, Harn-, Frauenleiden, Schwäche. Erprobteste Methoden Harn- und Blutuntersuchung.
Königstr. 34/36, Bahnhof Alexanderpl
Spr. 10—1 u. 5—8, Sonnt. 10—1

Theater für Sonnabend, 6. Juli.

Central-Theater
7½ Uhr: **Die Csardasfürstin.**

Deutsches Opernhaus
7 Uhr: **Die schöne Helena.**

Friedrich-Wilhelmst. Theater
Zum 875. Male:
7½ Uhr: **Das Dreimäderlhaus.**

Kleines Theater
8 Uhr: Aristid und seine Fehler mit Bassermann.

Komische Oper
7½ U.: **Schwarzwaldmädel.**
Morg. 3½ U.: Die Kinokönigin.

Metropol-Theater
7½ Uhr: **Die Rose von Stambul.**

Lustspielhaus 7½ Uhr:
Die blonden Mädels v. Lindenhof

Neues Operettenhaus
7½ Uhr: **Der Soldat der Marie.**

Residenz-Theater
7½ Uhr: **Flimmer-Klärchen.**

Schiller-Th. Charl.
7½ Uhr: **Alt-Heidelberg.**

Thalia-Theater
7½ Uhr: **Unter der blühenden Linde**

Theater am Nollendorfplatz
3½ Uhr: **Schuldig.**
7½ Uhr:
Der alte Dessauer

DER „HIAS"
Täglich 7½ Uhr abends
Riesen-Erfolg
Morgen Sonntag 2 Aufführungen
3½ und 7½ Uhr
Walhalla-Theater Weinbergsweg

Kabarett Tivoli
Bunte Vorträge
Spielfolge vom 1.—15. Juli:
Alois Krämer, Alice Dorville, Runkel-Rappo's komische Spiele, Walter Steiner, Marzella Velly, Carl Eperny, Krämer-Wolff.
Täglich zwei Kapellen.
Anfang wochent. 7, Sonntag nachm. 4 Uhr.
Kottbuser Damm 95 Fernspr.: Moritzpl. 14553

Von der Oberbaumbrücke-Falckensteinstraße tägl. außer Sonnab. nach **Woltersd.-Schleuse** und **Neu-Heringsdorf.** Abfahrt: Sonntags 8 U. vm., 2½ U. nchm., wochentl. nur 9 U. vm.
Außerdem nach den **Havelseen** über **Pfaueninsel-Potsdam:**
jeden **Dienstag** nach den **Glindower Alpen,**
jeden **Mittwoch** nach **Ferch** am **Schwielowsee,**
jed. **Donnerstag** nach **Nedlitz** u. **Krampnitz** am **Krampnitzsee.**
Abf. 9 Uhr vorm. vom Reichstagsufer beim Bhf. Friedrichstraße,
„ 9¾ U. „ von Charlbg., Tegeler Weg, nahe Bhf. Jungfernh.
Reederei Kleck, Falckensteinstr. 48. Telephon: Mpl. 8197.

Reederei Kahnt & Oertzer Fernspr. Königst. 2062
Dampfer-Extra-fahrten ab **Waisenbrücke.**
Bis auf weit. jed. Sonntag | 8 Uhr: **Teupitz** (Tornows Idyll) | 8½ und 2 Uhr: **Krampenburg.**

Das

macht uns Freude
MUSIK-SCHOLZ
Berlin O 34
Frankfurter Allee 334
zwisch. Petersburger u. Thaerstr.
Lichtenberg
Frankfurter Allee 267
zwischen Müllendorfstr. und Ringbahnhof
Telephon Amt Alexander 4190
Wander-, Taschen-Mandolinen
Violinen, Lauten, Gitarren, Zithern, Flöten, Zieh- und
Mundharmonikas
20stimmig 1.50 bis 4.50
40 „ 3.— bis 8.50
10% Rabatt
nur kurze Zeit!
Ins Feld gegen Voreinsendung des Betrages.
Grammophone, Schrank-Apparate, Platten, Walzen
Reparaturen
Alte Mandolinen, Zithern, abgespielte Platten (auch Bruch) werden zu höchsten Preisen angekauft
Bitte genau a. Hausnummer z. achten

Norddeutsche Gemüsebau-Genossenschaft
e. G. m. b. H.
Ab Sonnabend: frische
Möhren
in den
Verteilungsstellen.
Geöffnet täglich 9—12 und 4—7. Sonntags 8—10.
Elsasser Str. 78 (Ecke Ackerstr.),
Pankstr. 49 (Nähe Badstraße),
Buchstraße 3 (beim Virchow-Krankenhaus),
Wilhelmshavener Str. 70 (Moabit),
Kopenhagener Straße 4 (Schönhauser Allee),
Petersburger Straße 4a (Frankfurter Allee),
Boxhagener Str. 19 (Nähe Warschauer Straße),
Bergmannstraße 21,
Christburger Straße 2,
Kottbuser Straße 18 (Nähe Hochbahnhof),
Kurfürstenstraße 148 (Nähe Potsdamer Straße),
Wilmersdorf: Tegelstr. 38, am Ringbahnhof,
Charlottenburg: Bleibtreustraße 1 (Bhf. Savignyplatz), **Knobelsdorffstr. 50** (Nähe Sophie-Charlotte-Platz).
Neukölln: Kaiser-Friedrich-Straße 15. 217/18*
Neue Mitglieder können noch aufgenommen werden. Nur **Selbstverbraucher.** Zwischenhandel ausgeschlossen. Näheres in den Verteilungsstellen während obiger Geschäftsstunden und im Verwaltungsbureau der Norddeutschen Gemüsebau-Genossenschaft, Burgstraße 27, III. Stock, Zimmer 76 (b. Zirkus Busch), tägl. v. 10—7.

Bezugsquellen-Verzeichnis
Berlin-Süden

Fleisch- u. Wurstwar.
Paul Müller, Friesenstr. 22.

Mehlhdlg., Kolonialw.
Joh. Pietsch, Gneisenaust. 97

Uhren, Goldwaren
E. Fenske, Kottbus. Damm 96
Streng reell, anerkannt bill.

Neukölln
C. Dittmann
Berlinerstr. 41
Wild — Geflügel — Fische.

Bezugsquellen-Verzeichnis
Berlin-Westen

Gelegenheitskäufe
Rud. Flatauer, Alt-Moab. 118

Spandau
Paul Gaege Mehl und Kolonialw.
Breitestr. 57, Schönwalderstr. 13/14, Pichelsdorferstr. 18.

Haus- und Küchengeräte
Hermann Finck
Eisenwar., Schönwalderst. 87.

A. Markgraf, Brückenstr. 11 Eck. Jüdenstr. Lam. ,Gla. Porzell. Steing.

Ed. Ternow Goldschmiedemst. Markt 10, gegr. 1850.

HEUTE ABEND um 7¾ UHR
HAGENBECK
ERÖFFNUNG!
in **NEUKOELLN** Platz Ecke Weserstraße und Rütlistraße, 5 Minuten v. Hermannplatz.
Sonntag 2 Vorstellungen
um 3½ und 7¾
Nur auf 9 Tage
Täglich Abendvorstellung um 7¾ Uhr
Vorverkauf: Hagenbeck-Kasse und Kaufhaus Joseph & Co.
Telephon Neukölln 2105

Aenderungen, Ausbesserungen u. Wenden von Kleidungsstücken
zu billigen Preisen.
Verengern zu weit gewordener Kleidungsstücke.
Aus Herrenanzügen werden Jünglings- u. Knabenanzüge gefertigt
Aus Jünglingsanzügen „ Knabenanzüge „
Aus großen Beinkleidern „ Jüngl.- u. Knabenbeinkleider „
Aus Jünglingsbeinkleidern „ Knabenbeinkleider „
Haltbare getragene Damenkleider werden in Jünglings- und Knabensachen umgearbeitet.
Anfertigung nach Maß
bei Hergabe von Stoffen und Zutaten.
Pelze werden ausgebessert und umgeändert.
Kleiderwerke Baer Sohn
Chausseestraße 29/30, Brückenstraße 11,
Gr. Frankfurter Str. 20, Schöneberg, Hauptstr. 10.

J. F. Rauch Invalidenstr. 164
Ecke Brunnenstraße
1917er vorzügl. Rotwein Oberingelheimer Fl. **6,50**
Zeltinger Himmelreich 7,75
Süßer Obstschaumwein vorzüglich Fl. 5,50, 10 Fl. 52,50 8142

Kgl. Preuss. Klassenlotterie
Ziehung 1. Klasse 9. und 10. Juli 1918
⅛ ¼ ½ 1/1 Lose [76/12
5 10 20 40 M. u. Porto
Hahn, Königl. Preußischer Lotterie-Einnehmer **Berlin S 14,**
Prinzenstraße 79, am Moritzplatz.
Tägl. Gewinnlisten zur Preuss.-Südd. Klassenlotterie 1.—5. Klasse zum Preise von 9 M. versendet postfrei
H. C. Hahn's Wwe., Berlin S 14,
Alexandrinenstr. 70 und **Prinzenstr. 79.**

Mäuse- und Ratten-Plage
beseitigt **„Mäusefort"** (1,75 M.), **„Rattenfort"** (2,— M.). Ein Röhrchen für 20 qm ausreichend. Unschädlich für andere Tiere. 10751.*
Wanzen
vernichtet radikal **„Wanzenfort".** Preis 2,25, 4,25, 7,75 M. Porto und Verpackung 50 Pf.
Zahlreiche Anerkennungen.
Apotheker V. Sittig,
Berlin W 9, Linkstr. 29.

Piano gebr., zahlt bis 600 M. **Schlafzimmer,** gebr. bis 800 M., **Speisezimmer,** gebr. bis 1000 M., **Möbel** jed. Art kauft Gus. Neukölln, Berliner Str. 29.*

Seidene Gummimäntel 110, 135 usw.
Impr. Seidenmäntel 142, 215 usw. Mantelkleider auch für Herbst 185, 215 usw.
Seidene Stoff-Kostüme 185 usw.
Herbst-Kostüme 150, 185 usw. Modelle Seiden-Kostüme 200, 250 usw.
Elegante Pelzmäntel 1200, 1600 usw.
Echt Seal mit gr. Edelmarderkr. 2400. Sealplüschmäntel 310, 650 usw.
Plüschmäntel 250, 325 usw.
Mohär-Astrachan a. Blumenseide 275, 550. Braun Astrachanmantel a. Blumenseide 300, 325 usw.
Stoff- und Seidenröcke 58, 65 usw.
Westmann,
1. Geschäft: Berlin W. **Mohrenstraße 37a**
2. Geschäft: Berlin NO, **Gr. Frankfurter Straße 115.**
Sonntag geöffnet 8—10 Uhr.

Deutscher Transportarbeiterverband,
Bezirksverwalt. Groß-Berlin
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Kohlenarbeiter
Julius Ilguth
von der Firma Berger u. Kulp am 2. Juli im Alter von 64 Jahren verstorben ist.
Die Beerdigung findet am Montag, den 8. Juli, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Friedhofes der Friedens-Gemeinde, Nordend, Blankenfelder Str. 6, aus statt. 62/11
Den Mitgliedern ferner zur Nachricht, daß unser Kollege, der Droschkenführer
Herm. Baumgart
am 3. Juli im Alter von 65 Jahren verstorben ist.
Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 6. Juli, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des neuen Jakobi-Kirchhofes, Neukölln, Hermannstraße, aus statt.
Ehre ihrem Andenken!
Die Bezirksverwaltung.

Danksagung.
Für die herzliche Teilnahme bei der Bestattung meines lieben Mannes, unseres guten Vaters und unseres lieben Sohnes und Schwiegersohnes, des Drehers 26195
Willi Reimann
sagen wir allen Verwandten, Freunden und Bekannten, insbesondere den Kollegen der A. E. G. Turbinenfabrik, Huttenstraße, unseren herzlichsten Dank.
Wwe. H. Reimann
nebst Kindern.

Danksagung.
Allen, die unserm lieben, guten Vater das letzte Geleit gaben und ihn mit Kranzspenden so reich bedachten, unseren aufrichtigsten Dank. 9521
Witwe Marie Wasielewski
und Kinder.

Spezialarzt
Dr. med. Koeben für Geschlechtskrankheiten, Haut-, Harn-, Frauenleiden, nervös. Schwäche, Beinkranke. Behandlung schnell, sicher u. schmerzlos ohne Berufsstörung in **Dr. Homeyer & Co.** konz. Labor. f. Blutunters., Fäden im Harn usw.
Friedrichstr. 81, gegenüb. Panoptik.
Königstr. 56/57, gegenüber Rathaus.
Spr. 10-1 u. 5-8, Sonnt. 10-1.
Honorar mäßig, a. Teilzahl.
Separates Damenzimmer.

Bezugsquellen-Verzeichnis
Berlin-Osten

Butter, Eier, Käse
P. H. Ackermann, 8 Filialen

Mehlhandlung
Joh. Pietsch Königsberger Straße 26/27

Photograph. Ateliers
Th. Wenzel Inh. O. Zarske, Andreasstr. 78 u. Andreasplatz

Warenhäuser
Hamburger Warenhaus Max Flemming Alt-Stralau 11. Verw.-Leg. erh. 4%.

Bezugsquellen-Verzeichnis
Berlin-Norden

Drogen, Farben
Benckendorf Neue Hochstr. 29 nah. Schulzendorfst.

Fleisch- u. Wurstw.
Getschmanns Centr. Wiebertstr. 134.

Kolonialwaren
M. Saegebarth Strelitzer Str. 57

Möbelmagazine
Wiese & Co. Reinickendorferst. 97 Tischlermeister

Spezialarzt
Dr. med. Hasché,
Friedrichstr. 90 direkt am Stadtbahnh.
Behandl. von **Syphilis, Haut-, Harn-, Frauenleiden,** spez.: chron. Fälle. Schmerzlose, kürzeste Behandlg. ohne Berufsstörung. Blutuntersuchung. Mäß. Preise Teilzahlung. Sprechstunden 11 bis 1 und 5—8, Sonnt. 11—1.

Möbel jeder Art
sowie ganze Nachlässe kauft höchstzahlend **Frosch,** Neukölln, Steinmetzstr. 4.*

Erfinder
Patent-, Gebrauchsmstr.-Anmeldung, Verwertung. Patentbüro, Berlin C, Königstr. 61. Ztr. 7000.

Königl. Preuss. Klassenlotterie
Ziehung der 1. Kl.: 9. und 10. Juli
Achtel-Lose 5 M. – Viertel-Lose 10 M.
Halbe Lose 20 M. – Ganze Lose 40 M.
noch zu haben bei
Kröger, Königl. Preussischer Lotterie-Einnehmer, **Berlin**
Friedrichstr. 193a, Ecke Leipziger Str.

Keine Wanze mehr für M. 2.—
nur mit Kammerjäger Berg's Nicodan I und II zu erzielen.
Jetzt beste Zeit zur Brutvernichtung.
Erfolg verblüffend. Kinderleicht anzuwend., Ges. gesch. Doppelpak. M. 2.—. Ausreich. für 1–3 Zimmer u. Betten. Alleinverkauf: Sämtliche Warenhäuser A. Wertheim. Bei Einsendung von M. 2.40. a. Postscheckkonto Berlin 31236. Portofr. Zusend. n. ausw. d. Gen.-Vertr. Herm. A. Grootel, Berlin, Königgrätzer Str. 49. Tel. Kurf. 4741. [202/17*

Bezugsquellen-Verzeichnis
Erscheint 2 mal wöchentlich. Untenstehende Geschäfte empfehlen sich bei Einkäufen.

Alkoholfr. Getränke
Franz Abraham, Fabr. Messina-u. Römertrank-Kell. C.21 Kurstr. 30, Fernsp. Kgst. 12726

Bandagen, Gummiw.
R. Banke, Stralauer Str. 56.
A. F. Lange, Brunnenstr. 166

Bäcker- u. Konditoreien
Otto Weiß, Treptow, Krüllst. 16

Bade-Anstalten
Central-Bad Neukölln, Anzengruberstr. 28.
Diana-Bad Koppenstr. 32 sämtliche Bäder.
Passage-Bad Kottbuser Damm 72.
Reform-Bad, Wiener Str. 60.

Brauereien, Bierhandlg.
Brauerei Bötzow empfiehlt **Qualitätsbiere** ersten Ranges.

Butter, Eier, Käse
Wilhelm Göbel 25 eigene Filialen.
Gebrüder Manns 18 eigene Detailgeschäfte
Schröter, R. 43 Verkaufsstellen 43
August Holtz 25 Detail-Geschäfte.

Essigfabriken
Timmer-Essig überall erhältlich!

Kurz-, Woll-, Weißw., Trikotag.
Hermann Meyer, Schönhauser A. 21.

Münchener Brauhaus Berlin und Oranienburg
Trinkt Wanninger Bier!
Weissbier, C. Breithaupt, Palisadenstr. 67 Tel. Kgst. 2911, 2962

Herren- u. Knabengard.
J. Baer Badstr. 25, Ecke Prinzen-Allee.

Nähmaschinen
Bellmann, E., Gollnowstr. 26 Nähmaschinen
Singer Nähmaschinen Läden in allen Stadtteilen.

Fleisch- u. Wurstw.
Otto Koegel, Alte Jacobstr. 38.

Eisen, Stahl, Walzen, Werkz.
Carl Jung, Stromstr. 31.
Kühlmann, P., Müllerstr. 40b, F. Sonst

Hüte, Mützen, Pelzwaren
Vester, E. Kottbuser Damm 18/19

Möbelhandlungen
Bethke, Georg, Manteuffelstraße 44, Neukölln, Weserstr. 11, Kaiser-Friedr.-Str. 64, Wesenstr. 129, Friedelstr. 11, Treptow, Grätz-Straße 84.
Gaege, Otto Charlottenburg.
F. W. Stähler Wrangelstr. 75 Ecke Curryst.

Optiker, Mechaniker
Schubert, Carl, Kölln., Bergstr. 148

Uhren u. Goldwaren
Lehmann, Alb., Frankf. Allee 60

Meierei C. Bolle A.-G.
Berlin N.W. 21 Alt Moabit 98/103
Ältester und grösster Milchwirtschaftlicher Grossbetrieb

Photogr. Apparate
M. Albrecht SO. Kottbuser Str. 1, auch Gelegenheitskf.

Weine, Liköre, Fruchtsäfte
Hugo Boling 60 Filialen in allen Stadtteilen.
Herm. Meyer & Co. Act.-Ges. ca. 550 Verkaufsstell. Gr.-Berl.

Verkäufe

Landhaus. In 1½ Stunden Entfernung von Berlin (45 Minuten Vorort-Bahnfahrt, 45 Minuten Weg — im Frieden regelmäßig Auto in 12 Minuten) ist Landhaus mit 6 Zimmern (3 mit Oefen), Küche, Keller, gedeckter Veranda mit neuer Einrichtung weit unter dem Gestehungswerte zu verkaufen. Es liegt in eben angelegtem 1½ Morgen (300 Quadratruten) großen Obst- und Ziergarten mit Prachtaussicht über Wald und Feld gerade am Hochwald des Kaiserlichen Jagdreviers in Bergfelde bei Stolpe (Nordbahn). Boden durchgängig auf Jahre hinaus mit bestem Kuhdung gedüngt und rigolt. Schuldenfrei. Preis mit Einrichtung 25000 Mark, Anzahlung 10000 Mark, Restkaufgeld 5 Prozent. Besitzer Sonntag zur Besichtigung dort, sonst Schlüssel bei Heubaum, Siegelstraße, Bergfelde. Angebote unter P. 1 Hauptexpedition „Vorwärts". 2355*

Abessinier, Ersatzteile und Zubehör, Köchlin, Alte Jakobstraße 20/22. 184R*

Pfandleihhaus, Hermannplatz 6. Massenauswahl! Pelzsachen! Skunkskragen, Skunksmuffen, Alaskafüchse, Kreuzfüchse, neue Herrenpaletots, Herrenanzüge, Teppichverkauf, Uhrenverkauf. Passende Festgeschenke! 101R*

Pelzgarnituren aller Art, jetzt zu herabgesetzten Preisen! Uhrenverkauf, Silbertaschen. Leihhaus, Warschauerstr. 7. *

Holzräder! aller Größen, Leiterwagen, eigenes Fabrikat, billig. Weidlich, Brunnenstraße 96. 1072*

Schutzhunde verkauft Schaffland, Hundepark, Palisadenstraße 25. 217/11

Leiterhandwagen, Kastenwagen, extrastabil, dauerhaft, Auswahl, Holzräder, Landsbergerstraße 19, Schmiede. 52R*

Dungkarren und andere Transportgeräte liefert billigst ab Lager Wagner, Cöpenickerstraße 71. 121R*

Klappsportwagen, Kinderwagen. Ziet, Boltestr. 40, II. 40R*

Leihhaus Rosenthaler Tor, Linienstraße 203/4, Ecke Rosenthalerstraße, nur 1 Treppe, kaufen Sie Pelzkragen, Muffen, Skunks, Nerz, Alaska, Blaufüchse und alle anderen Pelzarten, Taschenuhren, Brillanten, Silbertaschen, Alpakataschen, neue Herrengarderobe. Sonntags geöffnet. 140R*

Holzräder, Waschtopf, Ladentisch. Sonntag ab 10. Münneke, Roßstraße 40, vorn IV. 775

Geschäftsverkäufe

Essigdestillation sofort oder Oktober zu verkaufen, auch zu vermieten. Schöneberg, Sachsendamm 46, Bahnhof Papestraße. 194R

Möbel

Möbel-Rath liefert in großer Auswahl komplette Wohnungs-Einrichtungen sowie reizende moderne Küchen bei bequemer An- und Abzahlung. Rath, Elsasserstraße 44, am Oranienburger Tor. 158R*

Schlafzimmer, elegante, Dunkelmahagoni, Birnbaum, Birken, Eichen, weißlackiert, billigste Preise. Möbelhaus Ohen, nur 30, Andreasstr. 30. 1198

Möbel-Kroß, Große Frankfurter Straße 141, zweites Geschäft: Zwoeltenstraße 5, Ecke Ackerstraße, liefert stets zu billigen Preisen gute Möbel gegen bar oder bequeme Teilzahlung. Kriegsbeschädigte erhalten Rabatt. Anzeige mitbringen. Wert 5 Mark. 142R*

Möbel-Einrichtungen, Ein- und Zweizimmer, Küchen. Größte Auswahl, konkurrenzlos preiswert. Langjährige schriftliche Garantie. Auch Ratentilgung. Tischlermeister Rejewske, Badstraße 66. 77/2

Chaiselongue verkäuflich. Glanz, Granseestr. 38, vorn III. 1008

Möbel-Cohn, im Osten, Große Frankfurterstraße 53, im Norden Badstraße 47/48, liefert auf Kredit an jedermann bei kleinster An- und Abzahlung ganze Wohnungseinrichtungen und einzelne Möbelstücke sowie farbige Küchen-Einrichtungen in bester Ausführung. Besichtigung meiner Möbel ohne jeden Kaufzwang gern gestattet. Kriegsanleihe nehme gern als Anzahlung. Lieferung frei Haus. Sonntags 8—10 geöffnet. 166R*

Kleiderspind, Kinderklappstuhl, Nähmaschine, große Puppe, silbernes Armband verkauft Walter, Weidenweg 53, vorn IV. 1791

Schluß
der Annahme von Anzeigen für die nächste Nummer um 5 Uhr nachmittags in der **Hauptexpedition, Berlin SW. 68,** Lindenstraße 3.

Musikinstrumente

Pianos, billigste Gelegenheiten, 800,— aufwärts, Bechsteinpianos, Duysenpianos, Schwechtenpianos, Ibachpianos, Bieselpianos, Flügel von 1000,— en. Krüger, Neue Königstr. 31 (Alexanderplatz). 217/9

Kaufgesuche

Weißlacke, Borax, Paraffin und ähnliches kauft bestzahlend Wolter, Thaerstraße 6. 15R*

Metallschmelze. Zohn kauft Abfälle. Händler bevorzugt. Alte Jakobstraße 138 (Ecke Hollmannstraße). 250R*

Platinabfälle! Gramm bis 7,80! Zahngebisse! Ketten! Ringe! Militärtressen! Glühstrumpfasche! Filmabfälle! höchstzahlend, Schmelzerei, Metall-Einkaufsbureau, Weberstr. 31. Telephon Alexander 4243. 261*

Lacke bis 18,00, Bleiweiß sowie sämtliche Malerartikel kaufen Gebrüder Borowski, Gneisenaustraße 5. (Rollendorf 2379.) *

Platinabfälle per Gramm bis 7,80 Mark, Ketten, Ringe, Bestecke, Uhren, Tafelaufsätze, Tressen, photographische Rückstände, Papiere, Glühstrumpfasche, alte Zahngebisse, salpetersaures Silber, deren Rückstände und Gekrätze usw. kauft Platin- und Silberschmelzerei Bruh, Berlin, Cöpenickerstraße 29. Telephon: Moritzplatz 3476. Eigene Schmelze, direkte Verwertung. 171*

Korken zu den jetzigen erhöhten gesetzlichen Höchstpreisen kauft Sperber, Zehdenickerstraße 13 (Norden 4803), zugelassener Ankäufer der Firma Appel. 246/13*

Fahrradankauf. Schwandke, Linienstraße 19. 72R*

Zahngebisse! Platinabfälle, 7,80, Ketten, Ringe, Bruchabfälle, elektrische Materialien, Filmabfälle, Zelluloid kauft Silberschmelze Christionat, Cöpenickerstraße 20a (gegenüber Manteuffelstraße). 117R*

Spiralbohrer! Jede Menge! Jede Sorte! kauft Hecht, Moabit, Beusselstraße 3. 36*

Unterricht

Kaufmännische Privatschule von Paul Kowalski, Cöpenickerstraße 143, am Schlesischen Bahnhof. Am 4. Juli beginnen Handelslehrgänge für Damen und Herren, vormittags oder nachmittags. Anmeldungen jederzeit. Lehrpläne kostenlos. Jahreslehrgänge, Halbjahreslehrgänge, verbunden mit praktischen Uebungen zur Ausbildung als Buchhalterin, Stenotypistin, Bureaubeamtin, Korrespondentin. Vierteljahreslehrgänge für Einzelfächer, auch in Englisch, Französisch, Russisch, Polnisch, Deutsch, Schreiben. Sonderlehrgänge für Besucher mit höherer Schulbildung. 33R*

Elektrotechnik. Abendkurse, Privatunterricht für Praktiker. Elektroingenieur Nonnenmacher, Charlottenburg, Wielandstraße 4. 2599b*

Englischen Unterricht für Anfänger und Fortgeschrittene, sowie deutsche und französische Stunden erteilt E. Owienus, Charlottenburg, Stuttgarterplatz 9, Gartenhaus IV. *

Arbeitsmarkt

Stellenangebote

Hilfsarbeiter, fleißige und tüchtige, suchen Dinse, Eckert u. Co., Cöpenickerstr. 40. 2613b

Arbeiter sucht Essenzenfabrik Otto Reichel, Eisenbahnstr. 4. 153R

Korbmacher, abwechselnd auf 72er, 73er und 96er, stellt ein Fürbringerstraße 9. 2618b

Packer, tüchtig und zuverlässig, für Glas und Porzellan sofort gesucht. Georg Heck, Ritterstraße 21. 172R

Kupferdrucker, tüchtige, bei Akkordarbeit verlangt W. Büxenstein und Deutscher Verlag, Berlin, Friedrichstraße 240/41. 184/13

Stenotypistinnen sofort verlangt. 9—5. Bureau, Hallesche Straße 1, I. 2598b*

Anfängerin. Junges Mädchen mit besserer Schulbildung, die sicher im einfachen Rechnen ist und leichte Auffassungsgabe hat, von Feuerversicherungs-Gesellschaft gesucht. Dienst 8½—4 Uhr. Bewerbung mit Zeugnisabschrift und Gehaltsanspruch U. 1 Hauptexpedition „Vorwärts". 2616b

Anstelliges junges Mädchen mit flotter Handschrift für einfache Bureauarbeiten und Expedition gesucht. Dienst 8½ bis 4½ Uhr. Meldungen mit Zeugnisabschrift und Gehaltsanspruch T. 1 Hauptexpedition „Vorwärts". 2615b

Plätterin, tüchtige, auch Herrensachen, verlangt Färberei Meesters, Gürtelstraße 34. 51R

Beleuchterinnen suchen sofort A. Jandorf u. Co., Brunnenstraße 19/21. Meldungen im Maschinenhaus. 129R

Nieterin verlangt Schuhfabrik H. Hinze Nachf., Blumenstraße 81. 188R

Lehrlinge können in meiner **Werkzeugmacherei** sofort eingestellt werden. Persönliche Vorstellung in Begleitung der Eltern bei **F. Gaebert, Berlin C 54,** Sophienstr. 22—22a. 1058L*

Maschinenformer
sucht **Otto Jachmann** — Abteilung Stahlgießerei, Berlin-Borsigwalde. 10702

Lehrlinge, kräftige, junge Leute, für Maschinenbau sucht sofort **Allgemeine Maschinenbau-Anstalt,** Alte Jakobstr. 8. [10796

Pendelschneider, Kreissägenschneider und Kistenmacher stellt sofort ein 76/20 **Heinrich Drechsel,** Kistenfabriken, NO 55, Heinersdorfer Str. 15.

Walzer gewandt im Walzen von Gummi oder ähnlichem Material, gesucht. **Odeon-Werke,** Weißensee, Lehderstr. 20—25.

Schuhmacher für leichte Militärarbeit sucht Schuhfabrik Glaser, Landsberger Str. 92.

Tüchtige Werkzeugschlosser, perfekte Einrichter für Automaten und Revolverbänke, aber nur solche sofort verlangt. Maschinenfabrik **Karl Vogeler,** Berlin, Alt-Moabit 1.

Hilfsmonteure für Telephonanlagen gesucht. **Märkische Installations-Gesellschaft.** Adalbertstr. 6. [2572b

Geübte Dreher für Flugzeugteilbau sof. gesucht. Meld. **O. S. Krüger & Co.,** Bin-Charlottenb., Bismarckstr. Str. 25.

Reparatur- und Maschinenschlosser zu sofortigem Eintritt gesucht. **Heintze u. Blanckertz,** Oranienburg, Kremmenerstraße 43.

Schweizerdegen 76/16 für kleine Akzidenz-Druckerei, selbständiger Posten, sucht **Neutral-Film, Sendelstr. 10/11.**

Setzer, Setzerinnen für dauernd gesucht (Heereslieferungen). **Martin u. Jonske, Hellmannstr. 16.** 2814b

Selbständ. Heizungs- und Wasserleitungs-Monteure für dauernde Arbeit gesucht **Th. Blank, Königsberg,** Passargestr. 4. 1090L*

Tüchtige Mechaniker finden dauernde Beschäftigung bei **C. Lorenz A.-G.,** Abt. Drahtl. Telegrafie, Berlin-Tempelhof, Lorenzweg. 1083L*

Zum sofortigen Eintritt suchen wir
Mehrere tüchtige Mechaniker, Stark- und Schwachstrom-Monteure, Schriftmaler, Bureauburschen u. Mädchen sowie **Reinemachefrauen.**
Gesellschaft für drahtlose Telegraphie m. b. H. (Telefunken), Berlin SW 61, Tempelhofer Ufer 9. 10682*

Feinmechaniker oder Uhrmacher, sowie **Elektromonteure und Klempner** stellt ein 1022* **Auergesellschaft.** Zu melden Einstellungsbureau Ehrenbergstraße, Eingang Stralauer Allee.

Ofenmaurer
sofort gesucht. 1072L
Otto Jachmann — Abteilung Gießerei, Berlin-Borsigwalde.

Tüchtige Motorenschlosser, Reparaturschlosser, Spitzendreher sofort gesucht. **Loeb-Werke Aktiengesellschaft,** Berlin-Hohenschönhausen. 1055L*

Schlosser sucht 10912 Maschinenfabrik **Arno Rein,** Halensee, Karlsruherstr. 8

Werkzeugmacher militärfrei, geübt auf Schnitte und Stanzen sucht Knopffabrik **Hübner,** Markusstr. 5.

Werkzeugschlosser und Werkzeugdreher für Schnitt- u. Ziehwerkzeuge nach etwas weiter gelegenem Vorort Berlins gesucht. Meldungen zwisch. 7 u. abends 8 Uhr b. **H. Hirt,** Berlin-Reinickendorf, Gesellschaftsstr. 5. 10772

Tabletten-Arbeiter zu sofortigem Eintritt gesucht. Schriftliche Angebote mit Angabe der Lohnansprüche erbeten an **J. D. Riedel A.-G.,** Berlin-Britz. 10692

Korbmacher auf Geschoßkörbe verlangt **G. Schlesinger & Co.,** 10782 Markusstr. 18.

Haarknüpferinnen, Näherinnen und Mädchen für leichte Arbeiten sucht **Trost, Nürnberger Str. 60.**

Negativabzieherin sucht **Neutral-Film, Sendelstr. 10/11**

Löterinnen 179R und Arbeiterinnen verlangt **Vesta,** O 34, Romintener Str. 26. Meldungen zwisch. 7 u. 5, auch Sonnabends.

Tüchtigen Werkmeister aus dem Werkzeugmaschinenbau, Lehren- und Vorrichtenbau, stellt ein 1022* **Auergesellschaft.** Zu melden Einstellungsbureau Ehrenbergstraße, Eingang Stralauer Allee, Tor 4.

Reparatur- und Hausschlosser, bevorzugt solche aus dem graphischen Gewerbe, stellt ein 76/14 **Max Krause,** Alexandrinenstr. 93.

Kühlerbau. Tüchtige Meister und Klempner für Reparaturarbeiten sowie Block- und Rahmenbau zum sofortigen Eintritt gesucht. 206/15* **Metallindustrie G. m. b. H.,** Abteilung Kühlerbau, **Düsseldorf-Oberkassel.** Bewerbungen durch Herrn Felldorf, Charlottenburg, Kantstr. 162, II links.

Farbigmacherin für schmale Photo-Eisenleisten sofort dauernd gesucht 76/18 **W. Sahre, Dresden-A. 10,** Rietschelstr. 16.

Junge Mädchen über 16 Jahre für leichte Arbeit sucht sofort 1962* **Zigarettenfabrik Garbaty,** Pankow, Hadlichstraße.

Austrägerinnen
für den „Vorwärts"
werden eingestellt in folgenden Filialen
Berlin: Markusstr. 86. — Lausitzer Platz 14/15. — Lindenstr. 3. Blumenthalstr. 8, Hof parterre, Wilhelmshavener Str. 48.
Schöneberg: Meininger Straße 9.
Charlottenburg: Sesenheimer Str. 1.
Tempelhof: Ueckermann, Kaiser-Wilhelm-Str. 71.
Lichtenberg: Wartenberg-Straße 1 und Alt-Boxhagen 56.
Weißensee: Wazlawski, Berliner Allee 11.
Borsigwalde: Kliemt, Räusch-Str. 10
Meldezeit von 11 bis 1½ Uhr und 4½ bis 7 Uhr.

Wir suchen für sofort tüchtige, im Rechnen bewanderte **Aushilfskontoristen bezw. Kontoristinnen.** Geschäftszeit 8½ bis 5 Uhr. **Konsum-Genossenschaft Berlin und Umgegend,** Lichtenberg, Rittergutstr. 16/26. 104/14

Kernmacherinnen
sucht **Otto Jachmann** — Abteilung Stahlgießerei, Berlin-Borsigwalde. 10712

Militärdebatte im Reichstag.

184. Sitzung. Freitag, den 5. Juli 1918.

Am Bundesratstisch: Kriegsminister v. Stein.

Präsident Fehrenbach eröffnet die Sitzung um 2 Uhr 15 Min

Anfragen.

Abg. **Schwabach** (natl.) weist darauf hin, daß der Verkehr von deutschen Zivilpersonen nach Kurland und Litauen nicht nur von dem Besitz eines Passes, sondern auch von einer militärischen Einreiseerlaubnis abhängig gemacht wird. Er fragt, ob auf diese Einreiseerlaubnis jetzt nicht verzichtet werden könne.

General **v. Wrisberg** erklärt, daß aus militärischen Gründen vorläufig darauf noch nicht verzichtet werden könne.

Abg. **Marquart** (natl.) fordert Unterstützung stellenloser Angestellten aus der Tabakfabrikation.

Geheimrat **Würmeling** verweist auf die Kriegswohlfahrtspflege der Gemeinden.

Abg. Dr. **Müller-Meiningen** (Vp.) weist auf die Verwilderung der Jugend hin und fordert Entlassung aller nur garnisonverwendungsfähigen und arbeitsverwendungsfähigen Lehrer für Hoch-, Mittel- und vor allem Volksschulen, sowie der älteren Jahrgänge der kriegsverwendungsfähigen Lehrer.

Oberst **v. Braun**: Schon im Jahre 1916 wurde eine Verfügung erlassen, wonach garnison- und arbeitsverwendungsfähige Lehrer, soweit tunlich, zu entlassen sind.

Abg. **Stücklen** (Soz.) weist darauf hin, daß der Stellvertretende kommandierende General des zweiten Armeekorps von Vietinghoff

das Halten des „Vorwärts"

für sämtliche Lazarette seines Befehlsbereichs verboten hat.

General **v. Wrisberg**: Der General von Vietinghoff hat in seiner Eigenschaft als Truppenbefehlshaber den „Vorwärts" für Lazarette und Kasernen verboten. Das Recht, ein solches Verbot zu erlassen, kann ihm nicht bestritten werden. Das ist auch in einem Schreiben an den „Vorwärts" ausdrücklich zum Ausdruck gebracht worden. **Das Kriegsministerium ist nicht in der Lage, eine Aufhebung des Verbots zu verfügen.** Auch der Militäroberbefehlshaber ist nicht zuständig, da es sich nicht um eine Anordnung auf Grund des Belagerungsgesetzes handelt. Das Kriegsministerium hat sich an den Stellvertretenden kommandierenden General mit dem Ersuchen gewendet, seinen Standpunkt darzulegen.

Abg. Dr. **Müller-Meiningen** (Vp.): Ist dem Reichskanzler bekannt, daß hervorragende technische Beamte, Oberingenieure, die große technische Betriebe leiten, in einzelnen Fällen mit den gemeinsten Arbeiten (Klosettreinigen, Spucknäpfe säubern, Kartoffelnschälen usw.) in demütigender Weise beschäftigt werden, und was gedenkt er zu tun, um die in solcher Weise verletzte „Oekonomie der Kräfte" gegenüber den geistigen Arbeitern besser als bisher durchzusetzen?

General **v. Wrisberg**: Wenn dem Kriegsminister solche Fälle bekannt werden, wird er eingreifen.

Abg. **Trimborn** (Z.) weist darauf hin, daß nach einer Behauptung der feindlichen Presse Paris am Fronleichnamstage beschossen worden sei.

General **v. Wrisberg**: Paris ist auf Befehl der Obersten Heeresleitung am Fronleichnamstage am 2. Juni nicht beschossen worden. Die Franzosen feiern das Fronleichnamsfest nicht an demselben Festtage, sondern an dem darauf folgenden Sonntag. Auf diese Tatsache hatte Kardinal von Hartmann die Oberste Heeresleitung rechtzeitig aufmerksam gemacht.

Abg. **Giebel** (Soz.) weist darauf hin, daß die Kriegsamtstelle Leipzig den Arbeitgebern eine Verfügung zugestellt hat, mit der ihnen die Einziehung von Arbeitskräften angekündigt wird, sofern den vom Heeresdienst zurückgestellten Angestellten mehr als sieben Tage Urlaub und den Arbeitern mehr als einige Tage Erholungsurlaub gewährt wird.

Königl. Sächsischer Militärbevollmächtigter Oberst **Schulz**: Der fragliche Erlaß der Kriegsamtstelle Leipzig ist bereits am 17. Juni 1918 außer Kraft gesetzt worden.

Die Strafverfolgung des Abg. Bonin.

Der Erste Staatsanwalt in Köslin fordert die Genehmigung zur Strafverfolgung des Abg. v. Bonin (k.) wegen Steuerhinterziehung.

Abg. **Stapp** (Z.) berichtet über die Verhandlungen des Geschäftsordnungsausschusses. Der Ausschuß schlägt aus grundsätzlichen Erwägungen vor, die Genehmigung zur Strafverfolgung nicht zu erteilen.

Abg. **v. Bonin** (k.): Ich bitte die Genehmigung zu erteilen. Es muß festgestellt werden, ob an der Beschuldigung etwas ist oder nicht. Ich kann unmöglich diese Anschuldigungen vielleicht noch zwei Jahre auf mir sitzen lassen. Verlangt der Reichstag die Genehmigung, so muß ich mein Mandat niederlegen. Es kann für den Reichstag nicht gleichgültig sein, ob gegen einen Volksvertreter eine solche Beschuldigung erhoben wird oder nicht.

Abg. **Gröber** (Z.): Der Ausschuß hat auch jederzeit Ausnahmen zugelassen. Ich bin dafür, daß in diesem Falle eine Ausnahme gemacht wird.

Abg. **Landsberg** (Soz.): Der Reichstag hat ein Recht darauf, daß solange er tagt, seine Mitglieder vollständig zusammen sind. An diesem Grundsatz müssen wir festhalten. Die Konsequenz eines Beschlusses im Sinne des Herrn von Bonin wäre, daß später jeder Abgeordnete, gegen den ein Strafverfahren nicht politischer Art schwebt, hier selbst den Antrag auf seine Auslieferung stellen müßte, damit nicht aus seinem Schweigen nachteilige Schlüsse für seine Ehre gezogen würden. Wir stimmen deshalb dem Kommissionsantrag zu.

Nach weiterer Aussprache stimmen die Sozialdemokraten, die Unabhängigen, ein Teil der Fortschrittler und Nationalliberalen sowie vereinzelte Abgeordnete anderer Parteien für den Ausschußantrag.

Präsident **Fehrenbach** ordnet den Hammelsprung an.

Der Kommissionsantrag wird mit 121 gegen 118 Stimmen angenommen, die Genehmigung zur Strafverfolgung ist also nicht erfolgt.

Nunmehr findet die gestern Abend wegen zu schwacher Besetzung des Hauses zurückgestellte Abstimmung über einen Antrag Dr. Arendt (D. Fr.) statt, der verlangt, daß zunächst die Sparmetalle in öffentlichen Gebäuden beschlagnahmt werden sollen, bevor man an die Hauswirtschaften herangehe.

Auch hier macht sich Hammelsprung notwendig. Der Antrag wird mit 151 gegen 85 Stimmen angenommen.

Darauf wird die dritte Lesung des Etats fortgesetzt beim

Militäretat

in Verbindung mit der zweiten Lesung des Gesetzes betr. **Heranziehung von Heeresunfähigen zum militärischen Arbeitsdienst** und des Gesetzes betr. **Milderungen im Militärstrafgesetzbuch.**

Abg. Dr. **Wirth** (Z.) fordert, daß für genügende Ernährung und Erholung der jüngsten eingezogenen Jahrgänge in den Garnisonen gesorgt wird. — Das Verfahren, **daß die Zivilkleidung der Eingezogenen von der Militärverwaltung beschlagnahmt wird**, ist unzulässig. (Sehr richtig!) — In der zweiten Lesung hat man den Ton mancher unserer Reden kritisiert. Das pflegt man immer dann zu tun, wenn man sachlich nichts erwidern will. (Sehr richtig!)

Abg. Stücklen (Soz.):

Dem Gesetz über die Milderung der Strafen stimmen wir zu. Weitere Milderungen werden hoffentlich folgen. Dem Gesetz über die Heeresunfähigen dagegen können wir nicht zustimmen. Wir sind damit einverstanden, wenn diese Leute, die einmal eine Zuchthausstrafe sich zugezogen haben, für die Verteidigung des Landes herangezogen werden. Das kann geschehen durch Aenderung der Wehrordnung, indem die Heeresverwaltung das Recht erhält, diese Leute zum Dienst einzuziehen wie jeden anderen. Jeder dahingehender Antrag ist aber in der Kommission abgelehnt worden. Das Gesetz wie es vorliegt, trägt einen **reinen Polizeicharakter.** Alle Leute, die einmal mit Zuchthaus bestraft worden, müssen sich jetzt melden. Dadurch wird ihre Strafe in vielen Fällen erst bekannt. Das kann zu ganz unglaublichen Härten führen. Die Hauptsache ist für uns, daß man Leuten, die einmal gestrauchelt sind, die Hand reichen sollte, sich emporzuarbeiten, während man hier Tausende, die sich emporgearbeitet haben, wieder hinabstößt. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Nun zum Militäretat. Die Wünsche, die uns aus den Kreisen der Soldaten zugehen, sind äußerst zahlreich. Ueber unsere Anträge, die der Niederschlag der Wünsche der Heeresangehörigen sind, sind die Vertreter der Militärverwaltung in der zweiten Lesung stillschweigend hinweggegangen. Wir sind zwar Zeuge gewesen einer Entrüstungsoffensive des Kriegsministers gegen den Ton des Abg. Müller-Meiningen, die aber dann zu einem Verständigungsfrieden zwischen den beiden Herren geführt hat. Jedenfalls liegt zu dem gereizten Wesen, das der Kriegsminister hier zur Schau trägt, wenn ihm etwas nicht paßt, kein Anlaß vor, denn wenn wir hier Beschwerden vorbringen, so tun wir das, um Besserung herbeizuführen. Ich sandte dem Kriegsministerium ein Päckchen Tabak, das

Häcksel statt Tabak

enthielt; es stammte von der Firma Hermann zu Jakobsmühle in Köln-Mühlheim. Die Firma bestritt, daß in ihren Paketen Häcksel gewesen sei, was aber ganz zweifellos der Fall sei und das Kriegsministerium antwortet mir, es könne weiteres nicht veranlassen. (Hört! hört! b. d. Soz.) Die Löhnungserhöhung steht in gar keinem Verhältnis zur Erhöhung aller Preise. Man sollte nach der Länge der Dienstzeit die Erhöhung geben, auch sollten mehr Leute befördert werden. Besonders schlecht gestellt sind die aktiven Unteroffiziere, ganz ausnahmsweise schlecht diejenigen, die über 40 Jahre alt werden. Die preußische Eisenbahnverwaltung stellt solche Leute nicht mehr an, aber für den Schützengraben sind sie noch gut genug. Die Soldaten erhalten bei Selbstverpflegung nur 2 M., eine Erhöhung hat das Kriegsministerium abgelehnt mit der Begründung, daß die Preise im Sinken begriffen sind. (Lebh. Hört! hört!) Es ist ganz unwürdig, daß die Soldaten unter einer Briefzensur stehen wie Gefangene. Politik wird heute in starkem Maße in die Armee getragen, dann müßte es auch den Sozialdemokraten freistehen, den Soldaten Vorträge zu halten. Bei manchen Armeeteilen hat man abstimmen lassen, ob die Soldaten für oder gegen einen Verständigungsfrieden sind. Ein Offizier erließ allerdings einfach den Kompagniebefehl, der den Standpunkt der Kompagnie festlegen sollte. Vor Hamburger Landsturmleuten erlaubte sich ein Offizier **das Andenken Bebels zu schmähen** als eines Mannes, der, ohne je gearbeitet zu haben, eine Million Mark Vermögen aus Arbeitergroschen erworben hat. Das Andenken Bebels steht in Arbeiterkreisen viel zu hoch, als daß es durch die

Dreckschleuder eines solchen Offiziers

beschmutzt werden könnte. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Wer bezahlt die Agitation für die Vaterlandspartei, die unter dem Namen „Aufklärungsdienst" geht? Ich habe hier eine Empfangsbescheinigung, wonach derartige vom Major bestellte Broschüren aus dem Kantinenfonds, aus den Spargroschen der Soldaten bezahlt werden. (Lebhaftes Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Die Lektüre der Soldaten wird überwacht, in schlimmster Weise wird Gesinnungsschnüffelei getrieben. General Vietinghoff in Stettin verbietet in den Lazaretten, die ihm unterstehen, den „Vorwärts", und das Kriegsministerium erklärt, dazu hat er das Recht. **Wo liegt denn die Grenze des Rechts eines kommandierenden Generals?** Wir haben die unverhüllte Militärdiktatur, der kommandierende General **kann machen was er will**, das Kriegsministerium ist machtlos gegen ihn. Und wenn General Wrisberg sagte, der General sei aufgefordert, seinen Standpunkt nachzuprüfen, so hat das gar keinen Zweck. Wahrscheinlich wird er sagen: Jetzt erst recht! Aber täuschen Sie sich nicht über die Erbitterung und den Groll, der dadurch aufgespeichert wird und über die Aufhetzung der Massen, die dieses Vorgehen hervorruft. Selbst ein Armeepostinspektor hat sich das Recht herausgenommen, **Nummern des „Vorwärts" teilweise zu beschlagnahmen, teilweise zu vernichten.** (Lebhaftes Hört! hört!) Die Bevormundung der Soldaten bezüglich ihrer Lektüre paßt für Schulbuben, nicht aber für reife Männer. Die

politische Schnüffelei

hat die unangenehmsten Formen angenommen. Geldzeichnungen für einen Verständigungsfrieden sind den Soldaten verboten, sie sind sogar dafür eingesperrt worden. (Hört! hört! b. d. Soz.) Die Bezirkskommandos haben von den Industriefirmen Listen der politisch verdächtigen Leute eingefordert, wobei auch die Leute angegeben wurden, die an Lohnbewegungen teilgenommen haben. Bei Eintritt einer Lohnbewegung werden **sofort Gestellungsbefehle** verschickt, und dann bestreitet man noch, daß Einziehungen aus politischen Gründen wegen Teilnahme an Lohnbewegungen stattfinden. Im Juni ist ein Erlaß ergangen, der **pazifistische Bestrebungen auf eine Stufe mit Landesverrat** stellt. Die Soldaten sind empört über die Mehrheit des preußischen Landtags, die das Wahlrecht verweigert. Das hat eine ungeheure Erbitterung bei den Feldgrauen ausgelöst. (Lebhaftes Sehr richtig! b. d. Soz.) — Man spricht immer von der Sparsamkeit. Ein Beispiel aus der Praxis: Im Generalstabsgebäude braucht man die Wohnung des Chefs zu Bureauzwecken; ihm steht ein Wohnungsgeld von 15 000 M. zu. Aber das genügt nicht. Man will eine Villa am Kurfürstendamm zunächst für 25 000 M. mieten und sie für den Herrn noch umbauen, mit einem Kostenaufwand von 40 000 bis 50 000 M. Nach Ablauf des Mietvertrages wird man dann sagen: Nachdem wir soviel hineingebaut haben, müssen wir die Villa kaufen. Hoffentlich wird der Reichstag diese Sache verhindern. — Erholungsurlaub bekommen jetzt nur Schwerverwundete, und wir können nichts daran ändern. Kein Reichstagsabgeordneter ist in der Lage, Urlaub oder Entlassung für einen Soldaten auszuwirken. Das sollte die Bevölkerung beachten. — Auch über sogenannte schmerzlose Mißhandlungen muß ich wieder berichten. Ein Hauptmann hat einen Soldaten

mit der Reitpeitsche geschlagen.

Das Kriegsministerium schreibt mir zu dem Fall, nach der Aussage des Soldaten hat der Hauptmann ihn nicht mit der Reitpeitsche geschlagen, sondern ihn **nur getroffen**, als er ihm andeuten wollte, daß er gemeint sei. Der Offizier wurde denn auch freigesprochen, der Soldat aber erhielt dafür, daß er seinen Eltern davon geschrieben hatte, **14 Tage strengen Arrest.** (Hört! hört! b. d. Soz.) — Man sollte auch verbieten, den Soldaten die Zivilkleider abzukaufen, die sie später wiedergebrauchen; greifen Sie lieber in die Schränke der reichen Leute hinein. — Wir begrüßen es, daß der Jahrgang 1869 entlassen ist. Aber man sollte auch mit der Entlassung des Jahrgangs 1870 beginnen. Ferner sollte überhaupt jeder, der das 48. Lebensjahr erreicht hat, entlassen werden. Das würde eine große Freudigkeit auslösen. — Die in der Ukraine stehenden Soldaten klagen darüber, daß sie Bütteldienste verrichten müssen; sie müssen die Bauern, die ihre Waffen nicht abliefern wollen, prügeln. Die ukrainische Regierung soll sich für solche Dienste andere Leute aussuchen als deutsche Soldaten. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Die Militärverwaltung soll die Wünsche des Reichstags beachten, dann wird sie den Soldaten helfen. (Beifall b. d. Soz.)

Abg. Dr. Müller-Meiningen (Vp.):

In der Kommission haben wir eine Fülle von sachlichen Beschwerden vorgebracht, und zwar geschah das von allen Parteien. **Antwort wurde fast gar nicht erteilt.** Die Art, wie die Wünsche der Feldgrauen, die wir hier vertreten, von der Militärbehörde behandelt werden, wirkt geradezu deprimierend. — Klarheit müssen wir darüber haben, ob der deutsche Soldat das Recht hat, sich mit einem Volksvertreter in Verbindung zu setzen oder nicht. Es muß klipp und klare Antwort darauf gegeben werden. (Zuruf b. d. Soz.: Da können Sie lange warten!)

Abg. **Heß** (nl.) wünscht, daß ein Unterschied geschaffen wird zwischen Auszeichnungen, die für Verdienste an der Front gewährt werden und solchen, die in der Etappe oder Heimat verliehen werden.

Abg. **v. Gräfe** (k.) protestiert gegen die Angriffe auf den kommandierenden General v. Vietinghoff. (Bravo! rechts.) Die Ernteurlaubsgesuche sollten in der Tat mehr Berücksichtigung finden.

Abg. **Behrens** (D. Frakt.) bringt eine Reihe Einzelwünsche vor. Die Börsenleute, die jetzt gegen Reichstag und Reichsleitung streiken, sollten eingezogen werden.

Kriegsminister v. Stein:

Die in Rußland gefangen gewesenen Soldaten können selbstverständlich wieder **an der Front verwendet** werden. Die Behauptungen, sie hätten einen Schein unterschreiben müssen, nicht wieder an der Front zu dienen, sind Ententemache; darauf haben wir nichts zu geben. — Bei den Urlaubsgesuchen werden manchmal leider aus Gutmütigkeit zu weitgehende Versprechungen gemacht, die dann aus Heeresnotwendigkeiten nicht erfüllt werden können. In der Frage der Ordensauszeichnungen wird es niemals möglich sein, allen Wünschen gerecht zu werden. Die Sorgen für die Zukunft können mich jetzt nicht berühren, ich werde von der Gegenwartsarbeit voll in Anspruch genommen. Die Tätigkeit für unser Volk, diesen Krieg zu Ende zu führen, nimmt uns derart in Anspruch, daß wir für anderes jetzt keine Zeit haben. (Bravo!)

Abg. Korfanty (Pole):

Auf den oberschlesischen Gruben haben in den letzten Tagen Streiks stattgefunden, wozu die Arbeiter **durch Hunger, Mangel an Kleidung und Ueberanstrengung gezwungen wurden.** Darauf wurden die Betriebe militarisiert und man suchte die Arbeiter durch krasseste Maßregeln zur Arbeit zu zwingen. Diese aber erklären, lieber verhungern zu wollen, ehe sie die ihnen aufgezwungenen Bedingungen annehmen. In der zweiten Lesung wurde schon das

Los der 700 000 polnischen Arbeiter

hier vorgebracht, die man aus Polen herausgelockt hat, teilweise durch Vorspiegelung falscher Tatsachen und Betrug gewissenloser Agenten. General Scheuch erklärte damals, daß in dieser Frage lediglich das deutsche Interesse maßgebend sei. Wir kennen kein deutsches Interesse, das die Gebote der Moral, der Menschenrechte und des Christentums verletzten dürfte. (Sehr wahr! bei den Polen.) Zwingen sie uns nicht, die schärfste Konsequenz daraus zu ziehen. Die Arbeiter werden von Amts wegen ausgesogen und ausgeplündert. (Unruhe.)

Präsident **Fehrenbach**: Ausgesogen und ausgeplündert wird von Amts wegen in Deutschland niemand. (Stürmischer Widerspruch links. Abg. Ledebour wird wegen eines Zurufes vom Präsidenten zur Ordnung gerufen. — Erneuter Zuruf des Abg. Ledebour.) Ich rufe Sie zum zweitenmal zur Ordnung. Ich verbitte mir jede Kritik. Sie haben das Recht **von § 46 der Geschäftsordnung** Gebrauch zu machen. (Große Unruhe b. d. U. Soz.)

Abg. **Korfanty** (fortfahrend): Ich wollte sagen: die polnischen Arbeiter werden ausgesogen und ausgeplündert durch gewissenlose Arbeitgeber. (Heiterkeit.) Der Redner geht weiter auf die Verhältnisse in den besetzten polnischen Gebieten und in Litauen ein.

Präsident **Fehrenbach**: Sie dürfen diese Dinge hier nur erörtern, soweit sie mit dem Militäretat zusammenhängen. (Abg. **Korfanty**: Herr Präsident, ich ...) Auf Zwiegespräche lasse ich mich nicht ein. (Abg. Ledebour (U. Soz.): Und für den Mann haben Sie gestimmt!)

Abg. **Korfanty** (Pole): Das Vorgehen der Militärbehörden in jenen Gebieten erinnert an das frühere Vorgehen der russischen Behörden. Auf Grund all dieser Vorgänge und der Behandlung, die man uns in Preußen zuteil werden läßt, werden wir diesmal **zum erstenmal in unserer parlamentarischen Geschichte nicht für den Gesamtetat stimmen**, sondern uns der Stimme enthalten. (Bravo! b. d. Polen.)

Chef des Kriegsamts General **Scheuch**: Mit den streikenden Grubenarbeitern aus Oberschlesien finden zurzeit Besprechungen hier im Kriegsamt statt. Ich hoffe, daß dabei viel mehr herauskommt, als wenn ich mich hier mit dem Herrn Vorredner weiter über diese Dinge unterhalte. Was die Behandlung der polnischen Arbeiter in Deutschland anlangt, so habe ich nur gesagt, daß neben all dem, was uns Billigkeit und Gerechtigkeit gebietet, derartige Angelegenheiten vom deutschen Standpunkt entschieden werden, und dabei bleibe ich. (Bravo! rechts.) Gegenüber dem Abgeordneten Stücklen bemerke ich, daß wir die **Streikvermerke in den Bezirkskommandolisten unbedingt brauchen.** Es ist aber angeordnet, daß sie in die Bücher, die an die Front gehen, nicht mit aufgenommen werden dürfen.

General **v. Wrisberg**: Der Abg. Cohn hat letzthin über einen Major Contzen behauptet, er habe allerlei Umtriebe in Ungarn sich zuschulden kommen lassen und auf Beschwerde beim deutschen Generalkonsul sei erwidert worden, ein Major dieses Namens existiere in der deutschen Armee nicht. Der Abg. Cohn fügte hinzu: „Das Dementi sei richtig gewesen, denn der Major habe sich innerhalb 24 Stunden aus einem preußischen in einen türkischen Major verwandelt." Inzwischen haben wir festgestellt, daß der betreffende Contzen Landsturmmann und Vertrauensmann der dortigen Arbeiter ist.

Abg. **Hüttmann** (U. Soz.): Dem Gesetzentwurf über Milderungen des Militärstrafgesetzes stimmen wir zu; das Gesetz dagegen, das Militäruntaugliche zu allerhand militärischen Dienstleistungen heranziehen will, lehnen wir ganz entschieden ab. Des weiteren bringt der Redner Beschwerden über Mißstände beim Heere vor, besonders über die Verpflegung und bei der Urlaubserteilung.

Abg. **Erzberger** (Z.) fragt, ob die Zentralpreisprüfungsstelle bereits errichtet ist, und beklagt sich über die zwangsweise Abführung eines erzbischöflichen Administrators in Wilna.

General **Scheuch**: Die Preisprüfungsstelle ist bereits errichtet und hat auch bereits eine Sitzung abgehalten.

Abg. Dr. **Davidsohn** (Soz.): Die Frage der Heeresunfähigen hätte man längst im Laufe des Krieges großzügiger lösen sollen, durch Amnestierung der Leute, die sich früher solche Strafen zugezogen haben. Draußen hat man Kreuze errichtet mit der Inschrift: **„Hier starb den Heldentod der Soldat 2. Klasse ..."** (Hört! hört!) — Die Zustände in den Nervenlazaretten sollten weiter genau geprüft werden. Ein unhaltbarer Zustand ist es, daß das Kriegsministerium auf hier vorgebrachte Fälle, wenn es ihm nicht paßt, **einfach nicht eingeht.** (Abg. Schöpflin: Bei der Marine ist das besser!) Die Klagen über die Ernährung im Heere würden sofort verschwinden, wenn die Küchenkommissionen wirkliche Rechte bekämen.

Abg. Dr. **Haas** (Vp.) betont, daß es ihm seinerzeit ferngelegen habe, allen Kriegsberichterstattern Uebertreibungen und Geschmacklosigkeiten vorzuwerfen. **Die Herren hätten das Stenogramm meiner**

Rede nachprüfen lassen. Vor allem hätte das Kriegspresseamt nicht ohne vorherige Prüfung des Sachverhalts diesen Protest verbreiten dürfen.

Ein Vertreter des Kriegspresseamts erwidert, daß das Kriegspresseamt in dem Falle nur als ausführende Behörde gehandelt habe.

Die Debatte zieht sich bis in die späten Abendstunden. Ein um ½9 Uhr gestellter Vertagungsantrag der U. Soz. findet nicht genügende Unterstützung.

Bei der weiteren Fortsetzung der Debatte über den Militäretat bleibt Abg. **Cohn** (U. Soz.) auf seiner früheren Darstellung des Falles Cantzen bestehen.

Beim Marineetat macht Staatssekretär **v. Capelle** Angaben über die Erfolge des deutschen U-Boot-Krieges und weist die Behauptungen der Feinde über die angeblich hohen U-Boot-Verluste zurück.

Der Marineetat und eine Reihe weiterer Etats werden angenommen.

Beim Reichspostetat beschwert sich Abg. Emmel (Soz.) darüber, daß für Mülhausen jeder Paketverkehr eingestellt sei. Man könne doch Mülhausen nicht vom Reiche abschneiden.

Staatssekretär des Reichspostamts **Rüdlin** führt die Maßnahme auf militärische Gründe zurück und sagt erneute Prüfung zu.

Die Etats der Reichsschuldenverwaltung und der allgemeinen Finanzverwaltung werden bis zur nächsten Woche zurückgestellt.

Die Resolutionen werden zur Erwägung gestellt, die Petitionen für erledigt erklärt.

Darauf vertagt sich das Haus.

Nächste Sitzung Sonnabend 11 Uhr. (Kleine Vorlagen, Debatte über Ernährungsfragen und Kohlenversorgung).

Präsident **Fehrenbach** ermahnt die Redner des morgigen Tages in längeren Ausführungen, sich kurz zu fassen.

Schluß 9 Uhr 55 Min.

Gewerkschaftsbewegung

Jubiläum des Lederarbeiterverbandes.

Auf ein fünfundzwanzigjähriges Bestehen kann der Verband aller in der Leder- und Lederhandschuhindustrie beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands zurückblicken. Die neueste Nummer der „Lederarbeiter-Zeitung" gedenkt dieses Ereignisses in einem Artikel, dem wir entnehmen, daß der Verband am 1. Juli 1893 durch Verschmelzung der beiden Organisationen der Weißgerber und der Lohgeber entstanden ist.

Der Weißgerberverband bestand schon vor dem Sozialistengesetz. Vor dem Schicksal der Auflösung, dem fast alle Gewerkschaften in der ersten Zeit des Sozialistengesetzes zum Opfer fielen, blieb der Weißgerberverband verschont. Zu Weihnachten 1884, unter der Herrschaft des Sozialistengesetzes, wurde der Zentralverband der Gerber und Lederzurichter gegründet, der im März des folgenden Jahres seine Tätigkeit aufnahm. Zu jener Zeit, wo alles, was noch an Arbeiterorganisationen bestand, unter dem lähmenden Druck des Sozialistengesetzes niedergehalten wurde, konnten sich die beiden Organisationen der Gerber nicht so betätigen, wie es im Interesse der Berufsangehörigen erwünscht gewesen wäre. Trotzdem führten sowohl die Weißgerber als auch die Lohgerber in jener Zeit Lohnkämpfe durch. Wenn beide Gerberorganisationen das Sozialistengesetz überdauerten, so mag das darin seinen Grund haben, daß ihnen wegen ihrer verhältnismäßig geringen Mitgliederzahl von der Polizei keine Bedeutung beigemessen wurde und weil die Mitglieder viel stärker von gewerbezünftlerischen Ideen als von den Idealen der klassenbewußten Arbeiterschaft beherrscht waren. Die Solidarität galt den Kollegen und dem Berufsinteresse, aber nicht den allgemeinen proletarischen Interessen und dem Klassenkampf. Doch die Zuspitzung der wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse, die Verschärfung der Klassengegensätze lenkte auch das Fühlen und Denken der Gerbergesellen in die Bahnen, welche die Arbeiter anderer Berufe längst beschritten hatten.

Als das Ausnahmegesetz gefallen war und sich neues Leben in den Organisationen der modernen Arbeiterbewegung regte, als sich der Halberstädter Gewerkschaftskongreß für die Gründung von Industrieverbänden entschieden hatte, wurde auch in den Reihen der Lederarbeiter die Frage einer Verschmelzung der beiden Organisationen der Gerber und der Organisation der Handschuhmacher erörtert. Das praktische Ergebnis dieser Diskussionen war, daß der Weißgerberverband 1892 beschloß, alle in der Lederindustrie Beschäftigten aufzunehmen. Dadurch war den Lohgerbern der Weg zur Verschmelzung geöffnet. Sie beschlossen die Auflösung ihrer Organisation und den Uebertritt in den Weißgerberverband. Am 1. Juli 1893 nahm die neue Organisation als Lederarbeiterverband ihre Tätigkeit auf. Nach einer Reihe von Jahren schloß sich dann auch der Handschuhmacherverband dem Lederarbeiterverbande an.

Die fünfundzwanzig Jahre seit dem Bestehen des Lederarbeiterverbandes waren erfüllt von Kämpfen für die wirtschaftliche Besserstellung der Berufsangehörigen, von Aufklärungsarbeit, von dem Bestreben, die Organisation auszubauen und zu festigen. So kann der Verband auf ein Vierteljahrhundert erfolgreicher gewerkschaftlicher Arbeit zurückschauen und mit der Hoffnung auf weitere Erfolge der Zukunft entgegengehen.

Wiederaufbau der Steinindustrie.

Die Leitung des Zentralverbandes der Steinarbeiter hat an das Kriegsministerium und andere Reichsbehörden eine Eingabe gerichtet, die in dem Antrage gipfelt:

Zum Zwecke der Wiederaufrichtung der deutschen Steinindustrie, um vorwiegend genügend Bau- und Pflastersteinmaterialien produzieren zu können, Abräumer, Steinbrecher, Pflastersteinmacher und Steinmetzen jetzt schon, soweit es die militärischen Interessen einigermaßen gestatten, beurlauben zu wollen. Ferner erscheint es uns dringend nötig, daß bei der allgemeinen Demobilmachung auf die ungeheueren Aufgaben, welche die Steinindustrie zu lösen hat, dementsprechend Rücksicht genommen wird.

Zur Begründung des Antrages wird in der Eingabe unter anderem gesagt: Die Steinindustrie hat 70 Proz. ihrer Arbeiter für den Heeres- und Kriegsdienst abgegeben. Von den 32 000 Mitgliedern des Verbandes sind sogar 74 Proz. eingezogen. Unter diesen Umständen hat die Steinindustrie während des Krieges stark gelitten, weil sie mehr auf menschliche als auf maschinelle Arbeitskräfte angewiesen ist. Nach dem Kriege wird im ganzen Reiche großer Mangel an Bau- und Straßenbaumaterial herrschen. Um diesem Mangel abzuhelfen und dem Baugewerbe die nötigen Materialien zu liefern, müssen Steinbrecher und Steinmetzen möglichst frühzeitig ihre Arbeitstätigkeit aufnehmen. Unter dem Einfluß des Krieges ist die Betonbauweise stark gefördert worden. Sie wird nach dem Kriege noch weiter verbreitet worden. Das bedingt einen ungeheuren Bedarf an Kalksteinen für die Zementproduktion. Auch an Schotter- und Pflastersteinen wird ein starker Bedarf eintreten. Wenn die deutsche Steinindustrie die ihr dadurch gestellten Aufgaben erfüllen soll, müssen schon jetzt die nötigen Vorbereitungen getroffen werden können. Die Organisation der steinindustriellen Arbeiter hat ein großes Interesse daran, daß die Militärbehörden alles tun, damit entweder jetzt schon Arbeiter der Steinindustrie entlassen, beziehungsweise beurlaubt werden, oder wenn dies nicht angängig sein sollte, daß mindestens bei der Demobilisierung genügend Rücksicht auf die Steinindustrie genommen wird.

Industrie und Handel.

Reichsbank und schwebende Reichsschuld.

Am Ende des ersten Halbjahres 1918 hat die Reichsbank ihren Goldbestand gegen die gleiche Vorjahrszeit um 111 Millionen Mark verringert, da Gold zur Stützung der Währung ans Ausland abgegeben werden mußte. Die Kassenscheine haben eine Vermehrung von 400 Millionen Mark auf 1800 Millionen Mark erfahren. Der Wechsel- und Schatzanweisungsbestand hat sich von 11 auf 16 Milliarden Mark erhöht. Der Notenumlauf ist von 8,7 auf 12,5 Milliarden Mark gestiegen.

Im Frieden sollte der Notenumlauf im wesentlichen zu einem Drittel metallisch, zu den anderen zwei Dritteln durch gute Geschäftswechsel gedeckt werden. An die Stelle des Geschäftswechsels ist die sogenannte unverzinsliche (der Zins wird in Form des Diskonts vom Nennwert abgezogen) Schatzanweisung getreten, die metallische Deckung ist im Kriege durch die von Darlehnskassenscheinen ergänzt worden. Das Ausland hat das vielfach zum Anlaß genommen, die Solidität der deutschen Währung zu bezweifeln, weil durch die Darlehnskassenscheine, die durch Kriegsanleihe mindestens gedeckt sein können, die Notendeckung durch Schuldtitel in großem Umfang herbeigeführt wird.

Am bemerkenswertesten im Reichsbankausweis ist die starke Vermehrung der Reichsschatzanweisungen um nahezu sechs Milliarden. Allerdings ist der Notenumlauf nicht in derselben Weise, sondern nur um rund vier Milliarden gestiegen, weil die hereingenommenen Schatzanweisungen zu einem beträchtlichen Teil auch durch die Vermehrung der bei der Reichsbank hinterlegten Depositen ausgeglichen wurden. Aber aus der Vermehrung der Reichswechselschuld geht doch hervor, daß die schwebende Schuld des Reichs so gewaltig anschwillt, daß sie auch durch die glänzenden Ergebnisse der Kriegsanleihezeichnungen nicht in langfristige Schuld umgewandelt werden kann. Dabei stellen die bei der Reichsbank ausgewiesenen Reichswechsel nur einen Teil der kurzfristigen Schuld des Reiches dar, da auch Banken und Sparkassen ihre großen flüssigen Gelder in Reichswechseln anlegen. Im ganzen wird die schwebende Reichsschuld auf 30 bis 35 Milliarden geschätzt werden können, zu deren Abbürdung die Vermögensabgabe nach dem Kriege unbedingt geboten ist. Diese wird also vor allem zur Beseitigung der schwebenden Reichsschuld — in zweiter Linie erst zu einer effektiven Verminderung der Kriegsanleihen führen — und dadurch die Reichsbank wohl wieder zur Diskontierung von Geschäftswechseln fähig machen. Da billiger und genügender Kredit eine Grundbedingung guten Geschäftsganges ist, berührt das schwierige Problem der schwebenden Reichsschuld aufs stärkste die Arbeiterinteressen und steht mit der Frage der Arbeitsbeschaffung nach dem Kriege in innigem Zusammenhang.

Erhöhung der Kalipreise.

Die Novelle zum Kaligesetz ist dem Reichstag nunmehr zugegangen. Sie sieht folgende Preise vor:

	Gesetz 1910	Vender. 16. 6. 17.	Antrag Synd. 14. 1. 18	Vorschlag der Regierung
Carnallit 9/12 %	8,5	16,0	22,0	20,0
Rohsalze 12/15 %	10,0	18,0	25,0	23,0
Düngesalze 20/22 %	14,0	23,0	31,0	28,5
„ 30/32 %	14,5	23,5	33,0	30,5
„ 40/42 %	15,5	25,5	37,5	35,0
Chlorkalium 50/60 %	27,0	37,0	42,5	41,5
„ über 60 %	29,0	40,0	45,0	44,0
Schwefels. Kali über 42 %	35,0	43,0	55,0	55,0
Schwefels. Kalimagnesium	31,0	40,0	53,0	53,0

alles in Pfennigen für 1 Proz. K_2O in Doppelzentner. Als Geltungsdauer ist die Zeit vom 1. Juli 1918 bis 31. Dezember 1919 vorgesehen.

Gerichtszeitung.

Der antisemitische Irrenarzt.

Zahlreiche Aerzte und Pfleger der städtischen Irrenanstalt Herzberge waren vor das Schöffengericht Berlin-Schöneberg als Zeugen gegen den früher an der Anstalt beschäftigt gewesenen und seit 1916 an einer auswärtigen Anstalt tätigen Arzt Dr. med. Karl Robert Hoefft geladen worden. Dieser war der verleumderischen Beleidigung des Leiters der Anstalt Herzberge, Prof. Dr. Liepmann, beschuldigt. Zwischen dem Angeklagten und dem Direktor Dr. Liepmann herrschten einige Differenzen. Nachdem Dr. Hoefft aus seiner Stellung an der Anstalt entlassen worden war, hatte er verschiedene Schreiben beleidigenden Inhalts an Prof. Dr. Liepmann gerichtet, und als dieser darauf persönlich nicht reagierte, machte der Angeklagte längere Eingaben an das Oberpräsidium der Mark Brandenburg bzw. Kriegsernährungsamt und machte darin heftige Ausfälle gegen die Leitung der Anstalt. Er behauptete, daß in der Irrenanstalt Herzberge sich während des Krieges unglaubliche Zustände entwickelt hätten. Sie sei das Opfer wucherischer Ausbeutung geworden, die, durch die fehlende Energie des Direktors begünstigt, die Anstalt auf einen sehr großen Tiefstand gebracht habe. Die den Kranken und Pflegern gebotene Kost sei eine offenbare Gefahr für deren Leben und Gesundheit. Mehrfache Beschwerden Berliner Bürger seien unter lächerlichen Ausflüchten zurückgewiesen worden, die Direktion „stehe wohl den Händlerkreisen nicht fern", usw. — Obgleich dem Angeklagten vom Oberpräsidium ausdrücklich eröffnet worden war, daß Direktor Dr. Liepmann mit der Verpflegung gar nichts zu tun habe, diese vielmehr von der Deputation für die städtischen Krankenhäuser festgestellt und geregelt werde, hat er in dem Schreiben an das Kriegswucheramt seine Behauptungen „durchaus aufrecht" erhalten. Die Zustände in Herzberge seien skandalös, die Aerzte sähen sich einer „Judenwirtschaft" gegenüber, die ihnen die Schamröte ins Gesicht treibe. Prof. Liepmann habe „den offensichtlichen Schwindel und die niederträchtige Gaunerei nicht aufgedeckt", „es gehe in Herzberge nicht mit rechten Dingen zu".

Der Angeklagte erklärte hierzu, daß dicke Aktenbündel über die erhobenen Beschwerden existierten. Er habe dem Nebenkläger Prof. Dr. Liepmann nur vorwerfen wollen, daß er seine Pflichten als Leiter einer so großen Anstalt nicht energisch genug erfüllt habe. Der Vorwurf, daß er materielle Interessen verfolge, habe nicht erhoben werden, sondern nur angedeutet werden sollen, daß Liepmann aus einem Bankhause stamme und als Jude nicht anders könne als händlerisch denken. Die Mißstände in Herzberge hätten seinerzeit schon die Tageszeitungen beschäftigt, sie seien in Hejermanns bekannter Broschüre behandelt worden, Moll habe die Behandlung der Aerzte als standesunwürdig bezeichnet. Die städtische Deputation habe wiederholt Verbesserungen in Aussicht gestellt, es sei aber nichts geschehen.

Ueber die aufgestellten Behauptungen fand eine mehrstündige Beweiserhebung statt durch Vernehmung der Aerzte Sanitätsrat Dr. Falkenberg, Dr. Vieregge, Dr. Sännner, Oberarzt Dr. Klippstein und mehrerer Pfleger. Das Ergebnis ist dahin zusammenzufassen, daß mehrere von dem Angeklagten aufgestellte Behauptungen sich auf Vorgänge beziehen, die vor dem Amtsantritt des Prof. Dr. Liepmann sich abgespielt haben. Aus den Zeugenaussagen ging weiter hervor, daß nach dem Kriegsbeginn die Klagen über die Ernährung sehr häufig gewesen seien, aber in den Konferenzen der Oberärzte und der Direktion in dem Umfange nicht als gerechtfertigt angesehen werden konnten. Keiner der Zeugen konnte im übrigen dem Prof. Dr. Liepmann die Schuld für die Ernährungsmängel aufbürden; im Gegenteil wurde erklärt, daß dieser sich ernstlich um das Essen bekümmert und erforderlichenfalls Bericht an die Deputation erstattet hat. — Prof. Dr. Liepmann selbst betonte, daß er mit den Belieferungen überhaupt nichts zu tun habe, sondern der Oekonomieinspektor, dem die Nahrungsmittel von der städtischen Behörde zugewiesen werden. Er habe niemals zu irgendeinem Lieferanten Beziehungen gehabt. Das Essen habe er vielfach geprobt und einige der Beschwerden für übertrieben gefunden. Der Angeklagte Dr. Hoefft habe schon vor seinen hier in Frage stehenden Eingaben eine Reihe beleidigender Briefe an ihn geschrieben, die von ihm an die städtische Deputation für Irrenpflege weiter gegeben worden seien. Der Nebenkläger verwies u. a. auch auf vorhandene Protokolle, aus welchen hervorgeht, daß eine Pflegerin sittlichen Anstoß an der Art genommen habe, welche Dr. Hoefft bei der Aufnahme weiblicher Patienten befolgte. Auch seien wiederholt Klagen darüber erhoben worden, daß der Angeklagte dienstlich seinem Antisemitismus die Zügel schießen ließ. Der Angeklagte bestritt, solche Aeußerungen getan zu haben. — Der Nebenkläger trat schließlich noch energisch dem Vorwurf entgegen, daß er die jüdischen Anstaltsärzte anders behandle als die arischen.

Der Amtsanwalt vertrat den Standpunkt, daß sich der Angeklagte nicht der Beleidigung wider besseres Wissen, sondern der üblen Nachrede (§ 186 St.G.B.) schuldig gemacht habe. Der Angeklagte stehe offenbar unter der Monomanie und Idiosynkrasie gegen alles, was der jüdischen Rasse angehört und diese psychologische Disposition spiegele ihm die Möglichkeit unlauterer Machenschaften vor. Unter dieser Zwangsvorstellung habe er augenscheinlich gehandelt. Der Amtsanwalt beantragte 500 M. Geldstrafe, da die Behauptungen des Angeklagten in keiner Weise erweislich seien. — Geh. Justizrat Dr. von Gordon, der den Nebenkläger vertrat, hielt eine ganz nachdrückliche Bestrafung für notwendig, da der Angeklagte außerordentlich schwere, völlig in der Luft schwebende Beleidigungen ausgesprochen habe und auch schon wegen Beleidigung mit 300 M. Geldstrafe vorbestraft sei. Sein ganzes Vorgehen sei darauf zurückzuführen, daß er sich an dem Nebenkläger rächen wollte. — Der Verteidiger Rechtsanwalt Dr. Karras beantragte eine milde Strafe, da der Angeklagte sich in eine falsche Idee verrannt gehabt, aber geglaubt habe, der Allgemeinheit einen Dienst zu leisten. — Das Gericht verurteilte den Angeklagten zu 1000 M. Geldstrafe eventuell 100 Tagen Gefängnis, wobei es feststellte, daß auch nicht ein Schatten von Beweis für die Angriffe des Angeklagten auf die Person des Dr. L. erbracht sei.

Verantwortlich für Politik: Erich Kuttner, Berlin; für den übrigen Teil des Blattes: Alfred Scholz, Neukölln; für Anzeigen: Theodor Glocke, Berlin. Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co. in Berlin, Lindenstraße 3.
Hierzu 1 Beilage und Unterhaltungsblatt.

Möbel-Cohn
Im Osten: Gr. Frankfurter Str. 58
Im Norden: Badstrasse 47-48
Möbel auf Kredit
an jedermann.
Geringste Anzahlung, kleinste Abzahlung.
Spezialität:
1- u. 2-Zimmer-Einrichtungen
einzelne Möbel, farbige Küchen.
Grosse Auswahl
komplett aufgestellter Schlaf-, Wohn- und Speisezimmer.
Riesen-Auswahl — Billigste Preise
Sehr kulante Bedingungen
Lieferung frei Haus.
Kriegsanleihe nehme gern als Anzahlung.
Sonntags 8—10 geöffnet.

Große Bureauräume
Lindenstraße 3
Vorderhaus 1. Etage
sofort zu vermieten

Duftige Blusen
Wundervolle Kleider
Gutsitzende Röcke
Tadellose Seidenmäntel
Mäntel und Kostüme
kauft man preiswert und gut in sehr großer Auswahl beim altbekannten Spezialgeschäft
W. Bernhard Nachf.
Berlin SW, Belle-Alliance-Straße 105 u. 101.
Es wird gebeten, beim Einkauf das Inserat mitzubringen.

Grippin
hervorragendes Vorbeugungsmittel gegen die Grippe oder spanische Krankheit, in allen Drogerien erhältlich. Vertreter und Grossisten gesucht. Alleinige Fabrikanten **Santola Fabrik chem. Präparate, Berlin-Neukölln,** Bergstraße 34, Fernsprecher Neukölln 845. 206/20

Führer durch das preußische Wohnungsgesetz
und das
Bürgschafts-sicherungsgesetz
vom 1. April 1918.
Bearbeitet von Paul Hirsch, M. d. A. Preis 75 Pfennig.
Aus dem Inhalt:
I. Das Wohnungsgesetz. 1. Baugelände. — 2. Baupolizeiliche Vorschriften. — 3. Benutzung der Gebäude. — 4. Wohnungsaufsicht. — 5. Gemeinsame Vorschriften für die Wohnungsordnungen und die Wohnungsaufsicht. — 6. Bereitstellung staatlicher Mittel. — 7. Schluß- und Uebergangsbestimmungen.
II. Bürgschaftssicherungsgesetz.
Buchhandlung Vorwärts
Berlin SW. 68, Lindenstraße 3.
Zu den Ausgabestellen des Vorwärts zu haben.
Universal-Briefsteller 4,— Mark, Buchhandlung Vorwärts, Lindenstraße 3 (Laden).